

Breslau, Sonntag den 2. August.

Nr. 178

1846.

Verleger Wilhelm Gottlieb Korn.

Redakteur: R. Hilscher.

Uebersicht der Nachrichten.

Berliner Briefe (Mügge's Streifzüge in Schleswig-Holstein, die neuen Bankactien). Aus Königsberg (die freie evang. Gemeinde), Elbing, Schreiben aus Posen (christlath. Synode in Schneidemühl), Nachen, Minden und der Provinz Sachsen. — Aus Karlsruhe, Hanau, München, Hannover (die Kammer), von der Ober-Weser, aus Oldenburg und Kiel (die Stände, schleswigsche Erfolge). — Schreiben aus Prag und von der böhm. Grenze. — Aus Nusland, — Aus Paris. — Aus Antwerpen. — Aus Rom (Pius IX.). — Letzte Nachrichten.

Julian.

** Berlin, 29. Juli. — Zur günstigen Zeit sind eben jetzt die „Streifzüge in Schleswig-Holstein und im Norden der Elbe von Th. Mügge“ erschienen, wo die Aufmerksamkeit von ganz Deutschland auf jene Landschaften und die Folgen des „offenen Briefes“ hingelenkt ist. Seit Jahren hat zwar das Schicksal jener Volksstämme, die durch Geschichte und Politik, durch Sprache und Sitten zu Deutschland gehören, dagegen geachtet, aber von dem gemeinsamen Vaterlande losgelöst werden und dem dänischen Erbgeseze folgen sollen, die öffentliche Meinung in Deutschland mehr oder weniger beschäftigt; gegenwärtig ist aber diese Frage auf einen Punkt gebracht, eben durch den „offenen Brief“ des Königs von Dänemark und die darauf erfolgte Bewegung in den Herzogthümern, wo es notwendig zur Entscheidung kommen muss, ob deutsche Länder, die zusammen einen Flächenraum von 337 Q.M. mit einer Bevölkerung von nahe 1 Million Menschen einnehmen, in Zukunft als integrirende und abhängige Theile des souveränen Macht von Dänemark gelten sollen oder nicht. Es kann nicht ausbleiben, daß jetzt die Diplomatie, welche die Entscheidung dieser Frage bisher hinausgeschoben zu haben scheint, nach ihrem Wahlspruch „Zeit gewonnen, Alles gewonnen,“ mit Entschiedenheit an die Lösung des vielläufigen Streits wird gehen müssen, wenn sie nicht die Verantwortlichkeit der sonstigen Folgen übernehmen will. Und wenn wir auch sehen, daß sich das schleswig-holsteinsche Volk in dem Kampfe für sein gutes Recht Jahre lang auf dem schmalen Pfad strenger Geschicklichkeit erhalten hat, so gehört ein Abweichen davon, wenn es zur Entscheidung gegen den übereinstimmenden Ausdruck des gesammelten Volkswillens kommen sollte, was zu verhindern gerade die Aufgabe der Diplomatie sein müßte, doch nicht zu den Unmöglichkeiten. Ganz Deutschland geht in dieser Frage einer harten Prüfung entgegen; es handelt sich hier nicht bloß um die Erhaltung eines ansehnlichen Bundesgebietes mit deutschen Bewohnern, die ihre Anhänglichkeit an das gemeinsame Vaterland durch harte Prüfungen bewiesen und dadurch das Recht auf die allgemeine Theilnahme aller Deutschen gewonnen haben, es liegt hier zugleich ein möglicher Präcedenz-Fall vor, dessen Bedeutung für die Zukunft Deutschlands verhängnißvoll werden dürfte. Die Einverleibung der deutschen Herzogthümer in den dänischen Staat wäre die Anwendung der Maxime, daß es unter Umständen erlaubt sei, ein Stück von Deutschland nach dem andern abzureißen, wie dies leider schon vor wenigen Jahren mit einem Theile Luxemburgs der Fall gewesen ist. Eine solche Maxime abzuwehren, giebt es außer der Waffengewalt, kein anderes Mittel als das feste Auftreten einer starken öffentlichen Meinung und die würdige Vertretung derselben durch den deutschen Bundestag. An gestern werden, wie es scheint, die Stände der Herzogthümer die ganze Angelegenheit bringen; es wird sich vor den Augen Europas zeigen müssen, wie die deutschen Interessen gegen Außen vertreten sind. Die Art und Weise dieser Vertretung wird den Maßstab bilden, welches Schicksal in Zukunft unserm Vaterlande bevorsteht. Der Moment ist wichtig; in ihm liegt zugleich die Entscheidung für das, was jetzt noch von der Zukunft verhüllt ist. Um sich eine klare Vorstellung von den Verhältnissen zu verschaffen, auf die es bei der so wichtigen jetzt auf die Spitze der Entscheidung getriebenen Frage ankommt, ist das oben erwähnte Werk von Th. Mügge, eine belehrende und zugleich angenehm unterhaltende Quelle. Der Verfasser hat die Weise, deren Beschreibung hier in zwei Bänden vorliegt, im vorigen Herbst gemacht. Seine Art und Weise

der Darstellung und Auffassung ist wohl im Allgemeinen hinreichend bekannt, er opfert der romantischen Einkleidung gern den strengen Ernst der Untersuchung und Forschung, um desto angenehmer unterhalten zu können, ohne daß er die Belehrung, die Mittheilung des Thatfächlichen irgendwie vernachlässigte; die geographisch-statistischen, so wie historisch-politischen Verhältnisse verhalten sich aber zu der romantischen Schürderung der Natur und Menschen wie etwa der Diener, welcher seinen Herrn auf Reisen begleitet, zu seinem Herrn. Der Verfasser beschreibt, wie er von Berlin nach Mecklenburg, dann weiter über Lauenburg nach Hamburg gereist ist. Ueber Hamburg erzählt er 100 Seiten lang sehr interessant und belehrend; dann folgt ein Capitel über die Elbe, ein anderes über Helgoland, von wo der Verfasser nach Holstein übersetzt, die Haligen und Marschen, die Geest und die Landesprivilegien, Schleswig nach seiner Verwaltung, Justiz und Steuern, Angeln und Hütten, der Sprachenstreit, das Bank-Geld, die Erbsolgerechte der jüngeren königlichen Linie ic. beschreibt. Irgend eine wichtige Partie dieser Länder ist nicht übergegangen; überall werden historische und politische Rückblicke gehalten, mit einem Worte das Buch ist für die Gegenwart von eingreifender, politischer Bedeutung.

+ Berlin, 30. Juli. — An unserer Börse werden jetzt schon Geschäfte in den neuen Bankaktien gemacht, natürlich sind es Promessengeschäfte, in blanco, wobei die meisten Bankaktien einen Cours von 4 bis 5 p.C. haben. Die Zeichnungen, welche vom 1. August beginnen, dürfen nach dem Urtheil sachverständiger Finanziers, in so ausgebaute Weise erfolgen, daß vielleicht drei bis viermal so viel gezeichnet wird; als die zu vergebende Summe beträgt. Man versichert selbst, daß drei oder vier hiesige Banquiers die Absicht hätten, die ganze Summe zu übernehmen. Nun läßt sich allerdings nicht genau abscheiden, was bei solchen Gerüchten auf Kosten der Börsen-Speculation zu sehen ist, die gegenwärtig bei uns eine hohe Stufe des Raffinements erreicht hat; jedenfalls aber läßt sich aus dem Urtheil sachverständiger und besonnener Männer entnehmen, daß die neu Bank-Ordnung schon mit günstigeren Augen angesehen wird, als es noch vor wenigen Tagen der Fall zu sein schien. Man glaubt, daß die neue Bank-Ordnung sich nach und nach das allgemeine Zutrauen und den Beifall des Publikums erwerben, und daß die jetzt in der Begründung begriffene „Preußische Bank“ es über kurz oder lang zu einem zu einem zu verstärkten Grund-Capital von vielleicht 40—50 Millionen Thalern bringen werde. Daß ihr Einfluß vorläufig auf die Geldklemme von keiner Bedeutung sein kann, liegt in ihrer Natur der Organisation, die erst zu Anfang des nächsten Jahres beginnen und in der Mitte desselben vollendet sein soll. Gelingt nun die neue Organisation der Bank, woran, wie gesagt, erfahrene Geschäftsmänner nicht zweifeln, läßt sich dann ihr Grundkapital nach und nach erhöhen, auf die Summe von 40—50 Mill. Thlr., so werden die durch die Kabinetsordre vom 11. April gleichzeitig in Aussicht gestellten Privatbanken wohl späterhin in gewissen Regionen als entbehrlich, wenn nicht überflüssige Institute erscheinen. Man gewinnt die Aussicht, durch das Gesetz vom 17. Januar 1820 bei Geldoperationen nicht mehr belästigt zu werden; unsere Banquiers und Geldmänner, Rentiers und Finanziers sind getrostet durch die Wahrscheinlichkeit von mehr als 5 p.C. Gewinn.

(Span. 3.) Die in bedeutendem Maße vermehrte Frequenz auf den Schiffahrtsstraßen zwischen der Oder und der Havel und die dadurch herbeigeführte Verzögerung der Wassertransporte haben schon seit längerer Zeit die Landesbehörde veranlaßt, Untersuchungen darüber anstellen zu lassen, auf welche zweckmäßigste Weise jene Schiffahrtsstraßen verbessert und dem Verkehr gemäß eingerichtet werden können. Wie wir aus sicherer Quelle wissen, ist man jetzt zu dem Resultate gelangt, jene Verbesserung werde am wohlfeilsten und sichersten dadurch erreicht, daß die Schiffsschleusen in den beiden, die Verbindung zwischen Oder und Havel vermittelnden Kanälen verdoppelt, in letzteren die noch mangelhaften Kanalhaltungen regulirt und vertieft werden, und daß die Spree vom Friedrich-Wilhelms-Kanal ab

so regulirt wird, um darin auch für den kleinsten Wasserstand ein angemessenes Fahrrässer zu erhalten. Deshalb aufzuhwendenden Kosten, namentlich wegen des notwendigen Neubaues von 25 massiven, zwei große Oderkähne fassenden Schiffsschleusen werden beinahe 1½ Mill. Thaler betragen. Diese bedeutende Summe ist von Sr. Majestät dem Könige allernächst bewilligt und dabei bestimmt worden, daß jene Bauausführungen in einem Zeitraume von 8 Jahren zu Stande gebracht werden sollen. Somit werden wir denn zwischen den beiden Hauptflüssen Deutschlands, der Oder und der Elb, im Herzen und zum Segen unseres Vaterlandes eine Schiffahrtsverbindung erhalten, welche in der Concurrenz mit den mehrfachen Schienenwegen nicht unterliegen kann.

(Köln. 3.) Zum gestern war von dem auf Antrag der Militairbehörde gegen den hiesigen Arzt Dr. A. Wolff eröffneten fiskalischen Untersuchungsprozeß die Rede. Herr W. hatte, wie bekannt, unterm 5ten Februar v. J. eine Zeitungsanzeige mit seiner Namens-Unterschrift veröffentlicht, des Inhalts, daß zwei Kanoniere einen eine Zigarre rauchenden Mann verhafteten wollten. Dieser habe erklärt, er sei von einem Wagen überfahren, suche einen Arzt, könne nicht mitgehen, und sich auf die Erde gesetzt. „Nach vergeblichen Aufforderungen“, hieß es nun in der Anzeige weiter, „zu gehen und auf die Wache zu folgen, zog der eine und nach ihm der andere Kanonier den Säbel und schlugen dermaßen auf den Mann los, daß derselbe rücklings über fiel und in eine Deuschke gebracht werden musste, um transportiert zu werden. Die Wahrheit dieser empörenden Geschichte kann eidlich bestätigt werden.“ Dr. W. hat zugleich und zur selben Zeit dem Polizei-Präsidium fast dieselbe Mittheilung gemacht. Die Folge dieser Schritte war der Antrag auf fiskalische Untersuchung wegen schwerer, gegen Wachtmannschaften in Beziehung auf ihre Dienstausübung durch ein Pasquill verübter wörtlicher Beleidigungen, und der Criminal-Senat des Kammergerichts hat unterm 26. Mai 1845 auf eine 6monatliche Festungshaft erkannt. Durch die Zeitungen vom 31. Juli v. J. hat das Kriegsministerium auch diesen Inhalt des nicht rechtskräftigen Strafkenntnisses samt einer kurzen Geschichtserzählung öffentlich bekannt gemacht, wogegen Dr. W., wenn wir nicht irren, sich damals einen gerichtlichen Regress vorbehielt. Die weitere Vertheidigung führte der Advokat-Awalt am Cassationshofe, Hr. Volkmar (seine Vertheidigung ist später in einer juristischen Zeitschrift gedruckt worden). Der Beklagte wollte den Ober-Appellations-Senat des Kammergerichts als Spruchbehörde nicht gelten lassen, weil dessen zeitiger Präsident auch damals vermöge seines Amtes der ersten Spruchbehörde präsidirt hatte, konnte aber damit nicht durchdringen. Vor wenigen Tagen nun hat der Ober-Appellations-Senat den Dr. Wolff völlig freigesprochen und die Kosten niedergeschlagen. Es ist dieser Ausfall gewiß höchst interessant, und es wäre in der That wünschenswerth, auch die Gründe dieses freisprechenden Erkenntnisses zu erfahren.

(Köln. 3.) Die Conferenzen hiesiger Aktionäre der Aachen-Gladbach-Neuer westlichen Verbindungs-Eisenbahn-Gesellschaft haben den Erfolg gehabt, daß dieselbe die auf den 31. d. ausgeschriebene Einzahlung verweigern: 1) weil es ein Unverständ wäre, zum eigenen Schaden ein Unternehmen ins Leben zu rufen, welches nur einigen Privatpersonen Vortheil bringen dürfte; 2) weil die Concession nur unter der Bedingung zugesagt ist, daß volzhäufige Einzahlung der ersten 10 p.C. erfolgt, die Regierung sich also selbst die Prüfung vorbehalten hat, in wiewfern das Unternehmen im Interesse aller Beteiligten liegt; 3) weil es die Absicht der Aktionäre ist, auf Berufung einer General-Versammlung zur Auflösung der Gesellschaft anzutragen und sie ihre Absicht auf keine Weise besser als durch Verweigerung der Einzahlung kundgeben können.

Königsberg, 27. Juli. (Königsb. 3.) Die Versammlung der freien evangel. Gemeinde vom 23sten d. Mts. wählte an Stelle der Ausgeschiedenen einen neuen Vorsteher und fünf neue Presbyteren. Es begann darauf als Einleitung zu den Unterredungen über das Wesen Gottes ein Zwiesprach zwischen Dr. Rupp

und Kandidat Rasche, inwieweit die Philosophie an der Erörterung der von Jesus von Nazareth hergeleiteten und für das Volk bestimmten Wahrheiten innerhalb der Gemeinde Theil haben könne. Über den Begriff „Gott“ hatte sich ein vom Gemeindemitgliede Lüfas vorgelegter Satz ausgedrückt: „Gott sei ein einiges, ewiges Wesen, welches zwar dem menschlichen Verstande unbegreiflich erscheine, sich aber in der Lehre Jesu und in der Menschengeschichte keineswegs als strafender Richter, sondern als liebender Familienvater bekunde.“ Die Beweise für das Dasein dieses Wesens wurden von mehreren auf die Stimme des Gewissens zurückgeführt.

— In der Sonntagsversammlung, die wie die nächst vorhergehende wegen Mangels an anderweitigem Raum unter den Bäumen des deutschen Ressourcengartens gehalten wurde, rechtfertigte Dr. Rupp in seiner Predigt das von der freien evangel. Gemeinde begonnene Werk, indem er darauf hinwies, was Gott den Menschen unseres Zeitalters zur Erkenntnis und Betätigung der ewigen Wahrheit gegeben hat und was er dagegen von ihnen fordert. —

Elbing, 27. Juli. (Voss. 3.) Am gestrigen Tage ist ein Rescript des Oberpräsidenten der Provinz d. d. Berlin den 20sten Juli e., hier eingegangen, wonach der hiesigen Gemeinde der Christ-Katholiken der Mitgebrauch der Heil. Geistkirche zu ihren gottesdienstlichen Versammlungen gestattet worden ist.

Ω Posen, 30. Juli. — Am 22., 23. und 24. d. M. fand in Schneidemühl eine General-Synode der christkatholischen Gemeinde Schneidemühl statt, welche von elf Gemeinden besichtigt wurde und deren erster Sitzung Dr. Theiner als Gast beiwohnte. Die Synode hat ein vollständiges Glaubensbekenntniß aufgestellt und vor allem bestimmt, daß kein Symbol-Zwang in einer christlichen Kirche herrschen dürfe. Es ist übrigens in den Berathungen keine Art von Angriff auf Andergläubige vorgekommen. — Kurz vor der Synode war Ezerski zwei Mal hier, nämlich bei seiner Hin- und Rückreise nach Breslau, die er unternahm, um Dr. Theiner zu den Berathungen einzuladen. Obwohl Ezerski, der vor einem Jahr nicht ohne Lebensgefahr hier über die Straße gehen konnte, sich öffentlich zeigte, so erregte doch seine Anwesenheit auf den Straßen gar kein Aufsehen, höchstens daß ein oder der andere erstaute Katholik sich neugierig nach ihm umsah. Der von Ezerski unterm 19. Juni nach Frankfurt a. M. geschriebene harte Brief, den unsere Zeitung unterm 13. Juli abdruckt, hat auch hier dem Briefsteller viele Herzen entseindet, namentlich stieß der Satz sehr an, in welchem Ezerski sagt: „Aus Vorstehendem werden Sie leicht entnehmen, daß ich das Leipziger und Breslauer Bekenntniß als unchristliche Bekenntnisse durchaus mißbillige und verwerfe.“ — Merkwürdiger Weise werfen die Christkatholiken Schneidemühl Bekenntnisses den Breslauern Intoleranz gegen die Anhänger dieser Glaubensform vor und behaupten, daß ein Prediger ihrer Ansicht genöthigt gewesen sei, in Schlesien sein Amt niederzulegen. Ich möchte gern von der Gegenpartei belehrt sein, ob diese Klage begründet ist.

Aachen, 27. Juli. (Aach. 3.) Am letzten Sonntage sind gegen 28,500 Pilger hier eingezogen, um die heil. Reliquien zu verehren. Die Gesamtzahl der Waller, welche bis zu diesem Tage nach Aachen gekommen ist, ließe sich schwer berechnen, doch war sie jedenfalls eine außerordentliche. Bei den vielen Kommunikationsmitteln, welche die Stadt besitzt, zeigt sich jedoch nirgends eine Ueberfüllung.

Minden, 25. Juli. (Aach. 3.) Vor einigen Tagen wurde hier dem Garnison-Auditeur Marcard, der von Minden nach Danzig versetzt ist, eine Abschiedsszene gegeben, an der hauptsächlich Offiziere Theil nahmen. Der Auditeur Marcard hat eine gewisse Berühmtheit erlangt durch seinen Judenhass und seine abgesetzten Schreibereien gegen Judenemanzipation, durch seinen Pietismus und seinen Hass gegen alles Liberale. Es soll nun zwischen mehreren Offizieren nach dem erwähnten Feste zu festigen Erörterungen gekommen sein in Bezug des Verkehrs mit Hrn. Marcard und der für ihn veranstalteten Festlichkeit. Man sagt, die ganze Sache solle zu einer ehrengerechtlichen Entscheidung kommen, auf deren Ausgang man hier sehr gespannt sein dürfe.

Aus der Provinz Sachsen, 22. Juli. (Aach. 3.) Wislicenus, wie bekannt, sehr abgeneigt gegen das Recht unsers Consistorii irgend etwas zu thun, hat endlich den Vorstellungen seiner Freunde nachgegeben und den Rekurs bei dem Kultminister wirklich angemeldet. Ebert ist bereits mit der Ausfertigung einer neuen Vertheidigungsschrift beschäftigt. Es erwartet zwar Niemand auf dieses Rechtsmittel (wenn man es so nennen will) Erfolg; aber es ist wohl nur zu billigen, daß man in dieser Angelegenheit nichts unversucht läßt, damit auf alle Seiten unserer kirchlichen Rechtsverhältnisse ein helles Licht geworfen werde. Wislicenus selbst behauptet auch jetzt seine ruhige Stimmung. Vor kurzem hat er auch seine Abendunterhaltungen, die er bisher regelmäßig mit Gliedern seiner Gemeinde gehalten, eingestellt, um „Sedum den Rückzug von ihm und seiner Sache zu erleichtern.“ In Folge dessen ist ihm

aber von den Besuchern, meist schlichten Bürgern, einstimmig erklärt worden, „sie würden bei ihm bleiben, und wenn es nötig wäre, aus der Staatskirche austreten.“ — Dr. Schweckse in Halle, bekanntlich für die Sache der protestantischen Freunde sehr thätig, ist in Folge seiner energischen Entgegnung auf einen Artikel Florencours, den dieser im obskuren Giebichensteiner Wochenblatte gegen die Naumburger Adresse an die General-Synode losgelassen, von dem Redakteur jener pietistischen Zeitschrift, Pastor v. Tippskirch in Giebichenstein, beim Obergericht zu Naumburg Injurien halber verklagt worden. Doch glaubt man allgemein, daß eine völlige Freisprechung erfolgen werde.

Deutschland.

Karlsruhe, 24. Juli. — Badische Blätter enthalten folgenden Nachtrag zu den Verhandlungen der zweiten Kammer: Am Schlusse der Verhandlung über den Staatsrat, in Bezug auf welchen die Commission Verwerfung des betreffenden Budgetsatzes beantragt hatte, Pfarrer Zittel aber zwar Reciamirung der Verordnung zu gesetzlicher Verabschiedung, aber einstweilige Bewilligung des Postens im außerordentlichen Budget beantragte, da die Regierung selbst eine Gesetzesvorlage zugesagt hatte, bemerkte Hecker: „Haben wir von sämtlichen anwesenden Ministern diese Zusage erhalten? Nein, zwei Minister haben geschwiegen; der Herr Präsident des Ministeriums des Innern (Nebenius) hat eine ausdrückliche laute Erklärung gegeben, der Herr Justizminister (Jolly) hat nur eine Bewegung mit dem Kopfe gemacht, allein gesagt hat er nichts.“ Geheimer Rath Jolly: „Das geht doch über alle Schranken hinaus.“ Hecker: „In solchen wichtigen Fällen muß man auf alle Umstände Rücksicht nehmen.“ Geh. Rath Nebenius: „Nun, glauben Sie meinewegen, was Sie wollen!“ Hecker: „Nun, es sind schon andere Dinge versprochen worden, und man hat sie nicht gehalten.“ Zittel: „Eingedenk meines Eides, scheue ich mich nicht, nach meiner Ueberzeugung zu stimmen. Fest wie ein Keil wollen wir auf Haupsachen eindringen, bei der Presse, der Religionsfreiheit, dem Verhältnisse der Beamten zu den Bürgern; aber wir sollen nicht necken und rupfen bei jedem kleinen Anlaß.“ Hecker: „Ich verkaufe die Ministerverantwortlichkeit nicht.“ Geh. Rath Nebenius: „Der Abg. Zittel konnte nicht anders sprechen, wenn er das Wohl des Landes zum Leitstern seiner Handlungsweise nimmt. Es hat sich auf diesem und dem vorigen Landtage schon gezeigt, daß oft mehr Muth dazu gehört, mit der Regierung als gegen sie zu stimmen.“ Das Zittels Antrag mit 35 gegen 24 Stimmen angenommen wurde, haben wir schon berichtet.

Hanau, 27. Juli. (Fr. 3.) Die diesjährige Versammlung der Direktoren und Lehrer an deutschen Real- und höheren Bürgerschulen wird nächstens zu Mainz abgehalten werden. Die zu Meissen getroffene Ortswahl ist auf nicht zu beseitigende Hindernisse gestoßen; darum ladet nun der zum Geschäftsführer erwählte Schulinspector Nöder von Hanau zu collegialer Besprechung und Berathung aller das deutsche Real- und höhere Bürgerschulwesen betreffenden Angelegenheiten und Interessen und zwar zunächst alle in diesem Gebiet wirkenden Direktoren und Lehrer, jedoch auch zu berathender Theilnahme alle Pädagogen und Schulfreunde, welche sich für diesen Gelegenstand interessieren, nach Mainz. Dort sollen die Theilnehmer am 30. Septbr. im Realschulgebäude sich versammeln, worauf die eigentlichen Verhandlungen am 1., 2. und 3. October in dem noch zu bestimmenden Lokal statthaben werden.

München, 27. Juli. (Leipz. 3.) Durch gewandte Operationen und rechtzeitige Opfer ist es den Getreidehändlern gelungen, Angesichts der reichsten Ernte die Preise dahier und in Augsburg wieder in die Höhe zu treiben. Lange soll dieses Spiel hoffentlich nicht dauern.

Hannover, 25. Juli. (Schluß.) Aus dem Angeführten ergibt sich unlängst die staatsrechtliche Selbstständigkeit der drei Herzogthümer und daher, daß der Eingriff, welchen die dänische Regierung in diese Selbstständigkeit beabsichtigt, eine Rechtsverletzung enthalten wird. Damit kann man den gestellten Antrag für gerechtfertigt halten. Es ist aber die Aufgabe nur dann erschöpft, wenn nachgewiesen werden kann, daß Hannover zu Gunsten der Herzogthümer sich einzumischen berufen ist. Rücksichtlich der Herzogthümer Holstein und Lauenburg, welche zum Bunde gehören, läßt sich dies nicht bezweifeln, indem in den Artikeln 2 und 11 der Bundes-Akte alle Mitglieder des Bundes versprochen haben, sowohl ganz Deutschland als jeden einzelnen Bundesstaat gegen jeden Angriff in Schutz zu nehmen und die äußere Sicherheit Deutschlands zu wahren. Zweifelhafter könnte es scheinen, ob sich eine Beteiligung des Königreichs auch rücksichtlich des nicht zum Bunde gehörenden Herzogthums Schleswig behaupten läßt. Dies kann man aber eben so wenig verkennen. Denn bei der bestehenden Unheilbarkeit zwischen Schleswig und Holstein ist jeder Angriff auf das Erstere auch ein Angriff auf das Letztere. Holstein ist verpflichtet, Angriffe auf das un trennbar zu ihm gehörende Schleswig abzuwehren, der Bund aber Holstein, bei ihm zugefügten Verlehnun-

gen, nach Art. 37 der Wiener Schluss-Akte (welchen der Redner verlas), zu vertreten. Es ist daher ein Kampf für ein mit Verlehnung bedrohtes Recht, bei welchem unser Königreich durchweg beteiligt ist, für welchen ich die Theilnahme der Stände erbitte. Damit betrachte ich die wesentlichste Aufgabe meines Antrages erledigt. Nur in einer Beziehung bedarf er vielleicht noch einer Rechtfertigung. Es fragt sich nämlich, welche Wirkung ich von diesem Antrage erwarte. Meine Antwort ist die: Keine größere und keine gerinnere, als in den übrigen deutschen Staaten. Die Regierungen von Bayern, Württemberg, Sachsen, Baden, Hessen und Braunschweig haben es zu erkennen gegeben, nicht nur daß die Anträge der Stände ihnen willkommen sind, sondern daß sie auch mit den Ständen sympathisieren und der hochwichtigen Angelegenheit sich nach Kräften annehmen werden. Von unserer Regierung erwarte ich nichts Geringeres. Das Vertrauen, welches ich gegen die Regierung ausgesprochen zu sehen wünsche, ich hege es wirklich. Der König ist im Jahre 1840 bis 1841 der erste Fürst gewesen, welcher die feindlichen Demonstrationen Frankreichs mit einer gleichen Maßregel erwiderte; die Regierung hat es also gezeigt, daß sie eine Verhöhnung deutschen Namens und Rechts zu dulden nicht gemeint sei. Den Antrag kann ich daher nur in dem Sinne für nothwendig gehalten haben, um der Regierung die Überzeugung zu geben, daß sie bei abwehrenden Maßnahmen die Billigung des Landes findet. Ich halte den Antrag aber ferner für nothwendig, um den mit allem Eifer des verletzten Nationalgefühls für ihr Recht kämpfenden Herzogthümer den Beweis zu geben, daß sie, wie an der Eider, Elbe, Rhein und Donau, so auch an der Weser und Embs Theilnahme und Stütze finden. Endlich halte ich den Antrag für nothwendig, in Rücksicht auf unsere Stellung zu dem übrigen Deutschland. Es hat eine Zeit gegeben, in welcher Eingriffe in die Grenzen und an den Grenzen, bei den Fürsten und Volksstämmen, welche nicht unmittelbar dadurch berührt worden, kaum eine stumme Theilnahme gefunden. Daß das Ausland auf die Fortdauer jener Zustände rechte, dies hat sich seit 1815 nun zum dritten Male ergeben. Zunächst ist dies hervorgetreten bei den Luxemburger Ereignissen, bei welchen das verletzte Vaterland nur nothdürftige und späte Genugthuung gefunden. Dann im Jahre 1840, als Frankreich, in dem Glauben, durch England geprägt zu sein, dies Deutschland habe entgelten lassen wollen. Endlich aber gegenwärtig bei der vorliegenden Frage. Hat das Ausland in einer solchen, für Deutschland beleidigenden Voraussetzung sich nicht geirrt, dann wird nicht blos Schleswig-Holstein und Lauenburg, nein Deutschland wird dann verloren sein. Jene Zeit der Gleichgültigkeit ist aber, Gott sei Dank! entschwunden, und in Deutschland ein mächtiges Vaterlandsgefühl, und der feste Entschluß erwacht, jede fremde Annäherung kräftig zurückzuweisen. Sollte Hannover von diesem Vaterlandsgefühle allein ausgeschlossen sein? Oft genug ist uns dies vorgeworfen. Jetzt ist uns Gelegenheit geboten, dem unverdienten Vorwürfe dadurch auf würdige und edle Weise zu begegnen, daß wir dem lauten Ruf des Vaterlandes an seine Fürsten beitreten, und so zu erkennen geben, daß, was ganz Deutschland bewegt, auch hier die Brust des Ehrenmannes erschüttert und der Entschluß, für die Unvergleichlichkeit des Vaterlandes und seiner Rechte wie Ein Mann einzustehen, auch hier mit dem Volksleben tief verwachsen ist.“

Hannover, 26. Juli. — Nachdem wir die ausgezeichnete Rede des Abg. Schatzrat Lang mitgetheilt, durfte es nicht uninteressant sein, auch die darauf folgenden Verhandlungen kennen zu lernen. Die „Hann. Ztg.“ enthält darüber u. a. Folgendes: Ein Redner erklärte sich für den Antrag, welcher aus den innersten Gefühlen des Antragstellers hervorgegangen, in dem deutschen Nationalgefühle seine volle Berechtigung finde. Ich will nur noch hinweisen, zu welchen Nachtheilen eine solche Trennung deutscher Lande führt, wie natürlich schon einmal im dänischen Interesse in Holstein Deutsche wider Willen gegen Deutsche haben kämpfen müssen. Unerwähnt kann ich es ferner bei dieser Gelegenheit nicht lassen, welch einen schmerzlichen Eindruck es macht, wie ich aus eigener Erfahrung bezeugen kann, wenn ich dänisches Commando höre im deutschen Lande und im deutschen Heere. Ich glaube, daß dieses von Dänemark wohl abgestellt werden kann. Ich halte den Antrag schon deshalb gerechtfertigt, weil er der Ausspruch eines natürlichen Gefühls ist, welches sich nicht zurückhalten läßt. Ein anderer Redner: Auch ich halte die Ständeversammlung für vollkommen befugt, derartige Beschlüsse zu fassen. Wenn dieselbe nach dem Art. 126 berechtigt sein soll, über Missbräuche und Mängel in der Rechtspflege oder Verwaltung ihre Beschwerden und Wünsche dem Könige vorzutragen, so ist damit keineswegs gefragt, daß sie nicht auch andere Wünsche aussprechen dürfe, wie ich denn auch kaum glaube, daß es im Interesse der Regierung liegen kann, das zu hindern. Ein dritter Redner pflichtet Dem bei, und hält es für eine heilige Pflicht der Stände, in solchen Fällen die Stimme des Herzens hören zu lassen. Dem letzter Redner erscheint die Befugnis der Stände, den Antrag zu stellen, gleichfalls außer allem Zweifel.

indem der §. 126 des Landesverfassungsgesetzes, wie das der zweite Absatz zeige, lediglich die Befugnisse der Stände in Beziehung auf ihr Einmischungsrecht in die Landesverwaltung feststellt, im Uebrigen Stände aber berechtigt sind, ihre Ansichten und Wünsche der königlichen Regierung vorzutragen. Wenn auch jedes Misstrauen fern liegt, daß die Regierung nicht aus eigener Bewegung ihre Pflicht üben werde, so halte ich es doch für wünschenswerth, daß auch die Unterthanen, daß auch die Ständeversammlungen in einem Falle dieser Art ihre Stimme erheben. Deutschland hat in dieser Beziehung allzu traurige Erfahrungen gemacht. Es hat früher schwere Ereignisse gesehen. Es hat namentlich die Zeiten Ludwigs XIV. erlebt. Damals haben alle Klagen nicht geholfen. Es liegt daher wohl die Veranlassung vor, der eigenen Regierung ein Motiv mehr in die Hand zu geben, nach Kräften einzuschreiten. Die königliche Regierung wird jeden Falles die nöthigen Untersuchungen vornehmen lassen. So viel ist indef klar, daß die Ständeversammlung es erkennen und auch aussprechen müsse, wie wichtig es ist, die Selbstständigkeit der Herzogthümer in Schutz zu nehmen. Ich kann mich auch nicht überzeugen, daß hier die Selbstständigkeit Schleswigs nicht in Frage stehe. Wenn während der Verbindung Hannovers mit England ausgesprochen worden wäre, daß beide Länder ein unzertrennliches Ganzes bilden sollten, so würde man das ohne Zweifel für einen Eingriff in die Selbstständigkeit des Landes gehalten haben. Mir scheint allerdings, daß der Selbstständigkeit der Herzogthümer Gefahr drohe. Bei der Abstimmung wurde der Antrag: „Stände beschließen, gegen die königliche Regierung das Vertrauen auszusprechen, daß ihr kräftiges Bestreben darauf gerichtet sein werde, jeden etwaigen Schritt einer fremden Regierung abzuwenden und unwirksam zu machen, durch welchen die Selbstständigkeit und deutsche Nationalität in den Herzogthümern Lauenburg und Holstein, so wie in dem mit dem letzteren unzertrennlich verbundenen Herzogthume Schleswig bedroht werden könnte.“ Unter Widerspruch von nur 3 Stimmen (Steuerdirector Klenze, Backmeister und Bar) angenommen.

Von der Ober-Weser, 26. Juli. — Unsere zweite Kammer hat bewiesen, daß deutsche Herzen in ihr schlagen. Wenn übrigens die Sympathie für unsere deutschen Brüder in Schleswig-Holstein und Lauenburg noch zunehmen kann, so geschieht das hier von Stunde zu Stunde. Diese Angelegenheit ist in der That in das Blut des Hannoveraners übergegangen, und wenn, wie uns berichtet wird, in unserer Hauptstadt jetzt ständig von diesen deutschen Gauen geredet wird, so ist das in unseren Provinzen schon längst der Fall gewesen.

Odenburg, 24. Juli. (N. R.) Das eigenmächtige Verfahren Dänemarks gegen die Herzogthümer hat auch hier die größte Entrüstung erregt. Man weiß, daß unser Großherzog, der durch den offenen Brief des dänischen Königs schwer beeinträchtigt wird, entschlossen ist, die Verwirklichung der Kopenhagener Pläne nicht zuzugeben, und beim deutschen Bunde die Sache aufs Neuerste zu treiben. Der König von Dänemark leidet an schlagartigen Zufällen, deren einer in höchst bedenklicher Weise am 8. Juli eintrat. Man fürchtete für sein Leben und trat mit dem offenen Briefe hervor, um nicht bei eintretendem Todesfall überrascht zu sein. Doch die Gefahr ging für jetzt eben so schnell vorüber, als sie gekommen. Vorbereitet war indessen so etwas, wie der offene Brief schon längst, auch sollten den Wochenschilder und den Thehoefer Ständen Eröffnungen gemacht werden; ob aber in der ganz unmotivierten Art, wie es durch den offenen Brief geschehen, ist doch zu bezweifeln. Nun die Angelegenheit so weit gekommen ist, kann man sie nicht wieder ruhen lassen, sie muß im Interesse des Rechts, das mit dem Interesse Deutschlands durchaus zusammenfällt, endlich entschieden werden, und es wird sich zeigen, wie stark oder wie schwach Deutschland ist. Die öffentliche Stimme läßt auch hier nichts zu wünschen übrig.

Kiel, 27. Juli. (Voss. 3.) Die öffentliche Stimme des Landes, die noch vor wenig Wochen eine Auflösung der Stände-Versammlung bei den vielen wichtigen, zur Berathung vorliegenden Gesetzentwürfen als eine Calamität betrachtet hätte, ist jetzt, vorausgesetzt, daß darunter die Eingabe an den deutschen Bund nicht leidet, ganz entgegengesetzten Sinnes. Sie hat nur die Wahrung der Landesrechte im Auge, und betrachtet die Auflösung der Stände als eine Thatsache, der Landesregierung und den deutschen Mächten gegenüber, welche bezeugen würde, daß einstweilen, bis zur Verständigung zwischen dem Könige und dem Volke, die fernere Regierung mit Zustimmung berathender Stände bei uns zur Unmöglichkeit geworden sei. Wie dieser Knoten gelöst werden soll, wenn nicht entweder der deutsche Bund oder die deutsche Diplomatie versöhnen

einschreitet, ist schwer vorherzusehen. Möge die Schleswig-Holsteinsche Frage vor jener hohen Versammlung eine gerechte Würdigung finden. — Abends 7 Uhr. Die Eisenbahn hat heut Abend keine neueren Nachrichten aus Thehoe gebracht, welches unstreitig der Fall sein würde, wenn die Auflösung der Stände bereits erfolgt wäre.

Kiel, 28. Juli. (H. N. 3.) Hier in Kiel ist der Polizei eine Verfügung instauriert, die aber nicht öffentlich bekannt gemacht werden soll, wornach öffentliche Demonstrationen in Bezug auf die neueren Verhältnisse nicht gestattet werden sollen. Kommen nun die Abgeordneten zurück und man gedenkt sie durch einen Aufzug mit oder ohne Fackeln zu ehren, so kann das leicht zu polizeilichen Weiterungen Anlaß geben.

Ueber die schleswigsche Erbfolge enthält eine Extra-Nummer der „Neuen Collegialzeitung“ (redigirt von dem geh. Staatsminister Versted) denselben Abschnitt des Gutachtens, welches von der im „Offenen Briefe“ vom 8. Juli d. J. erwähnten Commission abgestattet ist, der das Herzogthum Schleswig betrifft. Das „Kieler Correspondenz-Blatt“ theilt dieselbe im Auszuge mit, sie folgendermaßen commentirend. „Das Wichtigste in der hier aufgestellten Deduction möchte Folgendes sein. Nachdem König Friedrich IV. im März 1713 den Gottorfschen Anteil der Herzogthümer in Besitz genommen, wäre der Schleswigsche (Anteil) als ein erobertes Land betrachtet worden. Als ein solches wäre dieser Anteil schon vor dem Friedenschluß von 1720 Gegenstand tractatlicher Uebereinkünfte mit europäischen Mächten geworden. Dänemark, welches in Vereinigung mit seinen Alliierten die schwedisch-deutschen Provinzen erobert und mit eigenen Waffen sich die Fürstenthümer Bremen und Verden gewonnen hätte,

habe diese letzteren an Georg I. gegen eine Summe Geldes und die einzige Verpflichtung überlassen, daß er (Georg I.) helfen solle das eroberte Schleswig „contra quoscunque“ zu vertheidigen und an der eventuellen Schadloshaltung des früheren Besitzers theilzunehmen. England habe diese Garantie erneuert am 23. Juni 1720 bei dem allgemeinen Frieden, wo Schweden den vermittelnden Mächten, England und Frankreich, überließ, Bestimmungen über Schleswig zu treffen. Auf Englands Begehrn habe auch Frankreich unterm 14. Juni dess. J. der dänischen Krone den fürstlichen Anteil von Schleswig „und das Herzogthum Schleswig“ garantiert, so wie der Besitz desselben schon von englischer Seite der dänischen Krone garantirt gewesen sei, nämlich dagegen, daß diese ihrerseits auf Schwedisch-Pommern, Rügen und Wismar verzichte. Friedrich IV. habe sich vollkommen besiegelt gemacht, jure bellī zu Dänemarks Vortheil über den eroberten Anteil zu disponiren und ganz Schleswig in Dänemark zu incorporiren. Auch hätte König Friedrich nicht wohl in dem Herzog, den er vertrieb, einen Mitregenten sehen können, sondern ihn mehr als den Souverain eines vollkommen selbstständigen Landes betrachten müssen. Auf diese Weise, wie das herzogliche Haus dem königl. die Souverainität und später sogar das jus foederum innerhalb der Gränzen der Union entwunden hätte, auf gleiche Weise hätte es auch mehr und mehr gesucht, die Aufhebung der Communion zwischen den gegenseitigen Antheilen durchzuführen. Schon der Kopenhagener Vergleich vom 12. Mai 1658 zeige deutlich, daß das herzogliche Haus längst diese Trennung gewünscht habe und, was die Städte betroffen, so habe es seinen Wunsch durch den Traventhaler Frieden erreicht, indem der Art. 3 bestimmt: „also hingegen hat in denen übrigen schon getheilten Landen, Aembtern und Städten, als dem Seinigen, jeder die souveraine und hohe Landesfürstliche Gewalt ganz und allein und privative zu exerciren, und soll von

dem andern Theil unter dem Prätext einiger Communions, oder was Vorwand sonst sein möchte, zu keiner Zeit daran einige Behinderung oder Einwand geschehen.“ Jede Forderung auf Schleswig von Seiten des Gottorfschen Hauses habe König Friedrich IV. unter solchen Umständen als ganz vernichtet angesehen durch die Verbindung, worin jenes Haus sich mit dem Feinde eingelassen, und wobei sogar schon an eine Theilung von Ländern gedacht sei, die dem königl. Hause gehörten; und es habe diese Vernichtung nicht blos den Verlust der Besitz- und Erbrechte jenes Hauses auf den Gottorfschen Anteil zur Folge haben, sondern, aus Furcht des Krieges, zugleich den Verlust der eventuellen Erbansprüche auf die Hälfte, die alle Zeit dem Könige gehört habe, mit sich führen müssen. Da nach der Erwerbung von Englands und Frankreichs Garantien keine politische Rücksichten der Incorporation des ganzem Herzogthums mehr im Wege gestanden hätten, sei diese definitiv beschlossen. 1) Die Absicht, Schleswig in Dänemark incorporiren zu wollen, gebe sich in allen Berathungen, welche dem Patent vom 22. August 1721 und der Erbhuldigung vom 3. und 4. Septbr. dess. J. vorausgegangen, zu erkennen. Ein Zeugnis dafür enthalte außerdem „eine Erklärung, ganz von des Königs Hand, worin er unbedingt den Gründen, welche für eine solche Einverleibung sprächen, den Vorzug gäbe vor den dagegen aufgestellten.“ 2) Die Incorporation sei darauf wirklich erfolgt durch das Patent vom 22sten August 1721 und die nachfolgende Erbhuldigung. Nun wird das oben erwähnte Patent nach dem von Friedrich IV. unterschriebenen und mit dem königlichen Siegel versehenen Original, womit, der damals zur öffentlichen Bekanntmachung veranstaltete offizielle Abdruck vollkommen übereinstimme, mitgetheilt. Hier zeigt sich eine wichtigere Abweichung von dem bisher bekannten Abdruck (z. B. in Falck's Herzogthum Schleswig. S. 84 ff.) Während man nämlich bisher las: Wann — — Wir dann solchem nach entschlossen, selbigen Anteil mit dem Unserigen zu vereinigen und dero Behoeff von gesammten Eingesessenen Ständen Unsers Herzogthums Schleswig — — die alleinige Erbhuldigung — — einnehmen“ heißt es in diesem offiziellen Abdruck, statt der durch den Druck hervorgehobenen Worte: „selbigen Anteil mit dem Unserigen zu vereinigen und zu incorporiren.“ So wichtig dieser neue Text auf den ersten Blick scheinen könnte, so wird dadurch doch im Grunde in der Streitfrage: ob die Einverleibung blos mit dem königlichen Anteil Schleswigs oder mit dem Königreich Dänemark geschehen sei? nichts verändert, denn es fragt sich auch hier, ob das „zu incorporiren“ sich auf die Krone Schleswig oder die Krone Dänemark bezieht, gerade wie dies bisher schon bei den Worten des Huldigungseides vom 4. September 1721 in Frage gestellt wurde, wo es ganz ähnlich heißt: „Nachdem J. K. Majestät — das vorhin gewesene Fürstl. Anteil des Herzogthums Schleswig mit dem Thrigen zu vereinigen und Dero Crone als ein altes injuria temporum abgerissenes Stück auf ewig wieder zu incorporiren für Gut befunden“. — Falck's und Anderer Gründe dafür, daß nur der Herzogliche Theil dem Königlichen Theil Schleswigs incorporirt sei, werden also durch die neue vollständigere Urkunde nicht angefochten, und ihre Gründe für diese Auffassung der Worte im Huldigungseide gelten nun auch im Wesentlichen gegen die neue Lesart des Patents. Ja, die gezwungene Erklärung dieses Gutachtens: selbigen Anteil mit dem Unserigen (im Sinne des bloßen Dativs) zu vereinigen, und mit (in der Bedeutung von „und“ also zugleich mit, in Gemeinschaft) dem Unserigen zu incorporiren (nämlich in Dänemark), wo also das „mit dem Unserigen“ das zweite (bloß supplirte) Mal einen andern Sinn haben soll, als das erste Mal, — diese gezwungene Erklärung wird durch die Worte im Eide, die natürlich denselben Sinn haben sollten, noch evidenter, denn in den Worten: „das fürstl. Anteil mit dem Thrigen zu vereinigen und Dero Crone als ein altes injuria temporum abgerissenes Stück auf ewig wieder zu incorporiren“ tritt es noch klarer hervor, daß incorporiren sich nur auf den fürstlichen und nicht auf den königlichen Anteil bezieht. Es wird hier nun entschieden ausgesprochen, daß der Besitztitel für Schleswig das jus bellī sein solle. Wie sich aber dieser im Anfange des 18ten Jahrhunderts erworbene Titel auch auf den königlichen Anteil Schleswigs beziehen könne, ist nirgends erläutert.

Der in unserm gestr. Bl. enthaltene Abdruck der Adresse der holsteinschen Ständeversammlung war der Breslauer Ztg. entlehnt.

Oesterreich.

Prag, 27. Juli. (Einges.) Das k. k. böhmische Landesgubernium hat Dr. Groß-Hofflinger aufgefordert sich hinsichtlich seiner im Auslande herausgegebenen Schriften persönlich zur Verantwortung zu stellen. Für den Fall seiner Weigerung wird beabsichtigt, seine im Lande aus einem Finanzkommissionsgeschäfte fließenden Einkünfte von dem Fiskus sperren zu lassen. Diese Maßregeln, welche jedoch erst noch der höchsten Genehmigung und Sanction bedürfen, sind um

so auffallender, da Groß-Hofflinger in demselben Augenblick von einem Theil der deutschen Presse wegen der angeblichen Servilität derselben Schriften über mitgenommen wird, welche man hier als staatsverbrecherisch betrachtet und behandelt. Da die Maßregeln erscheinen vollkommen unbegreiflich dadurch, daß die österreichische Regierung bekanntermaßen ganz auf derselben Bahn der Reform vorschreitet, welche Groß-Hofflinger ihr angezeigt, oder doch vorzuschreiten scheint. Viele wollen daher wissen, daß in der seit einem Jahr eingetretenen Systemkrise die Sache der Reform unterlegen sei. Dr. Groß-Hofflinger soll Rekurs ergriffen haben, dessen Ausgang allein über diese Vermuthung entscheiden kann.

Von der böhmischen Grenze, 28. Juli. (Span. 3.) Von Erleichterungen der österr. Presse, wie diese nach der neuen Censurinstruktion erwartet wurden, ist bis jetzt nicht das Geringste wahrzunehmen. An die neuen Bestimmungen der Censur für Druckschriften knüpft sich die Einschärfung mannigfacher Vorsichtsmaßregeln bei öffentlichen Bücherversteigerungen, so daß in der Regel erst unter amtlicher Auctorität Kataloge gemacht und Bedacht darauf genommen werden muß, daß die in der Bibliothek etwa vorhandenen verbotenen Bücher nur an besonders qualifizirte Erben übergehen. Den Leihbibliotheken wird nicht blos vorgeschrieben, was sie haben dürfen, sondern auch was sie haben müssen, indem die belehrenden zu den unterhaltenden Schriften stets in einem gewissen Verhältnis stehen sollen. Endlich sind Lesebibliotheken, die nur ausnahmsweise gestattet werden, unter besonders strenge Aufsicht gestellt und, wie wir uns aus eigener Ansicht überzeugt haben, fehlen in diesem Jahre auf dem Teplitzer Casino mehrere, nicht zugelassene, deutsche Zeitungen. Für die Theatercensur gilt der Grundsatz, daß selbst censirte Stücke wegen „veränderter Zeitsituation“ periodisch einer Rezensur unterliegen und daß die Theaterinspektionen selbst die vom Censor zugelassenen Stellen eines erlaubten Stücks „mit Einsicht in den Geist der Zeit“ auszutilgen haben, wenn sie ihnen bei der Aufführung als nicht zulässig erscheinen. Es versteht sich, daß sich die Wachsamkeit auch auf Musikalien mit Text, Steindruck, Kupferstich u. dergl. erstreckt, bis herab zu den Bildern auf Pfeifenköpfen und Tabaksdosen. Ferner unterliegen die Lehrvorträge und akademischen Neden der Professoren und Studenten einer vorgängigen Prüfung. Die Wirkung dieses Systems kann leicht begriffen werden. Wohl ist eine Appellation vom Censor an den Polizei-Minister erlaubt, die aber nichts weiter als ein nominelles Privilegium ist, denn der Minister ist der Richter in seiner eigenen Sache.

Russisches Reich.

Aus Livland, Ende Juli. (Span. 3.) Das Uebergehen unserer Nationalen zur russisch-griechischen Kirche hat seit einigen Monaten von seinem früheren heftigen Andrang bedeutend nachgelassen; es scheint, die ihnen von höchster Seite für diesen Schritt gestattete halbjährige Ueberlegungsfrist habe zu einem reisern Nachdenken über seine Folgen gebracht. Der Bau der 25 temporären Kirchen — von den bestimmten 34 beständen früher schon neun — schreitet dennoch eifrig vor. — Auch in unserer Nachbar-Provinz Kurland sucht die herrschende Reichskirche Proselyten unter dem Landvolk zu gewinnen. Es darf also präsumiert werden, daß ihr Proselytismus, wobei sich ihre diesseitige Geistlichkeit hier und da Schritte erlaubt, die man früher im stillen, ruhigen und so musterhaft toleranten Geiste der oströmischen Kirche gewiß nicht suchte, auf alle unsere drei Provinzen sich ausdehnen werde. Alle ihr bereits zugewandten Glieder unsers Landvolks werden mit dem gemeinschaftlichen Namen der neuvereinten Griechen bezeichnet. Die Ostsee-Provinzen sind bemüht, gleich den Gustav-Adolphs-Vereinen in Deutschland, einen solchen auch in ihre Mitte zur Unterstützung der vielen hilfsbedürftigen evangelischen Gemeinden in Russland zu gründen. Auf der nächsten livländischen Synode in diesem August dürfte bestimmt darüber ein fester Beschluß gefaßt werden.

Frankreich.

Paris, 26. Juli. — Die von Pius IX. erlassene Amnestie gibt heute den Journals Stoff zu langen Kommentaren. Der National enthält ein Schreiben aus Bologna, worin gesagt wird, die Carabiniers Lambruschini und Mattei hätten sich höchst mißvergnügt auf ihre Landstreiche zurückgezogen, und die San-Fedisten (die Ultrakatholischen) seien jetzt Dijenigen, die Demonstrationen gegen den Papst machen; so hätten die bürgerlichen Bewohner der Vorstadt von Faenza das Wappen des Papstes insultirt und ihn einen Jakobiner-Papst genannt. In Cesena habe es ebenfalls Unordnungen gegeben.

Das Urtheil über die bei den Unruhen in Elbeuf (22. und 23. Mai) Verhafteten ist nach viertägigen Verhandlungen von dem Amtsgerichte der Seine gesprochen worden: von 18 Angeklagten wurden 6 freigesprochen, einer zu einem Monat, 2 zu 2 Monaten, 4 zu 3 Monaten, 3 zu 4 Monaten, 2 zu 6 Monaten und einer zu 2 Jahren Gefängnis verurtheilt.

Das Programm der morgen beginnenden Julifeste ist heute veröffentlicht worden; es enthält nichts als die gewöhnlichen bestimmten Belustigungen u. dgl., an denen sich selbst die schauftigen Pariser bereits über alle Maßen satt gesehen haben.

Der Bau der Eisenbahn von Tampour nach Hazebrouck ist vorläufig eingestellt und alle Angestellte sind entlassen worden, weil die Actionaire sich geweigert haben, die neue fällige Rate von 25 Francs einzuzahlen.

(N. R.) Die niemals widerlegte Behauptung, daß die Schienen der Nordbahn für das Gewicht ihrer Lokomotiven zu schwach seien, scheint nun zur Gewissheit erhoben zu sein. Man weiß jetzt bestimmt, daß die Compagnie schon seit einiger Zeit wegen nothwendiger Ersezung derselben durch stärkere mit der Regierung unterhandelt und daß dabei die Frage nur die war, wie man der Ausgabe einer Summe von zehn Millionen sich entziehen könne. Endlich habe man ein Mezzotermine gefunden, wonach der Kostenanschlag nur sechs Millionen betragen würde.

Belgrave.

Antwerpen, 25. Juli. (Ebs. 3.) Endlich scheint das Geheimniß in Betreff der Verzögerung unseres Vertrags gelüftet. Nach Privatbriefen aus Holland ist der Tractat längst gezeichnet; doch wird er nicht vor nächster Woche ans Licht treten, weil bis dahin auch die große Niederländische Handels-Maatschappy 700,000 Ballen Java-Kaffe in Auction ankündigen wird und der möglicherweise auf den Holländischen Kaffe-Markt entmuthigend einwirkenden großen Zahl gleich der Tractat mit der Aussicht auf starken Absatz nach unserem Lande entgegengestellt werden soll. Deswegen also werden unsere Kammerherrn hingehalten! — Zugleich ungefähr mit der Ankündigung der Kaffe-Auction wird die Handels-Gesellschaft 80 bis 85,000 Körbe Java-Zucker in Auction ankündigen. Es sind dies ungefähr zwei Drittheile ihres Worrathes von Java-Zucker und das Sümmchen ist doch schon so groß, daß es wohl Manchen bangt für die Haltung der Preise sein wird. Vielleicht bildet sich auch hiergegen mit der Zeit ein Mittel in der Motion Lord Russells, deren Annahme immer wahrscheinlicher wird.

Italien.

Rom, 20. Juli. (N. R.) Der Enthusiasmus der glühendsten Dankbarkeit und Verehrung für Pius IX., zunächst hervorgerufen durch die Amnestie, hat bei dem empfänglichen Charakter des Volks von allen Ständen in den letzten beiden Tagen den höchsten Grad erreicht. Am vergangenen Sonnabend war ganz Rom auf das Prachtvollste erleuchtet; man wandelte in einem Meere von Licht durch die von Tausenden mit Fähnen und Fackeln singend und jubelnd durchzogenen Straßen. Viele Gebäude waren mit ausgezeichnetem Geschmack beleuchtet; ich will als Beispiel nur das prachtvolle Cafe nuovo in der ersten Etage des Palastes Ruspoli erwähnen. Jedes der 8 Fenster links des großen Portals enthielt, mit einer Menge kleiner Lampen dargestellt, einen Buchstaben der Worte Viva Pio IX., und jedes der rechts gelegenen Fenster einen des Wortes Amnestia. Das große Portal war mit rothen Tapeten bekleidet, in deren Mitte man das lebensgroße Brustbild Pius IX. in großem goldenen Rahmen, auf jeder Seite durch zwei große Wachskerzen erleuchtet, erblickte, darunter die Inschrift: Pio IX. Pont. Ott. Mass. Vivi alla felicita de' tuoi popoli Vivi all' amor de' tuoi figli Vivi alla venerazione del mondo. (Pius IX., bester, erlauchtester Papst, lebe zum Glück Deiner Völker, lebe zur Liebe Deiner Kinder, lebe zur Verehrung der Welt.) Unter dem Eingange in den Garten desselben Palastes sah man das Wappen Pius IX. illuminiert mit der Unterschrift: Ti salutino, o amato stemma, le genti Siccome aurora di giorni più avventurosi. (Dich mögen, geliebtes Wappen, die Völker begrüßen als Morgenröthe glücklicher Tage.) Ich habe diese Inschriften angeführt, weil der ganze Jubel kein gemachter, sondern ein aus dem Herzen quellender ist, und weil diese Inschriften gerade dies Gefühl richtig und entsprechend ausdrücken. Der Freudentaumel dauerte fast den größten Theil der Nacht. Allein wahhaft ergreifend für jeden fühlenden waren die Auftritte gestern Morgens. Se. Heiligkeit hatte vorher schon beschlossen, diesen Vormittag in dem Konvente der Mission am Monte Citorio die Messe zu lesen. Vom Monte Cavallo bis dahin waren die Straßen mit Tausenden aus allen Ständen bedeckt und vor allen Fenstern waren prachtvolle Tapeten ausgehängt. Endlich öffneten sich die Pforten des Palastes, der Papst erschien im sechsspännigen Wagen; er hatte das Aushallen der Pferde sich verbeten, und so gelang es ihm jetzt, den Weg bis zur Mission fahrend zurückzulegen. Wer beschreibt aber das Jubelgeschrei des Volkes, das Schwenken der Fähnen, das Herabstreuen von Blumen, als er vorüberzog! Nach 12 Uhr jedoch bei der Rückkehr nach Monte Cavallo ließ sich das jauchzende Volk nicht mehr zurückhalten. In einem Nu waren die Niemen der Pferde gelöst und der Wagen wurde von einer großen Schaar wohlgekleideter junger Männer (meist aus den

Kerkern Entlassene) unter dem endlosen Jauchzen der Menge mehr getragen als gezogen. Aus allen Fenstern wehten Tücher und Fahnen. Ein Regen von Blumen strömte in allen Straßen, durch die der Zug ging, auf diesen herab. Als der Wagen im Palast angelangt war, wurden des übergroßen Jubelangs wegen die Pforten geschlossen. Se. Heiligkeit dankte sämtlichen Anwesenden innig gerührt und erschüttert auf eine liebevolle tiefempfundne Weise und ertheilte sodann folglich vor dem bekannten großen Balkon herab der Menge den Segen. Gestern Abend war die Beleuchtung unmöglich noch prachtvoller als den Abend vorher. Allein ein Bivat ward nicht gebracht, weil man den, in einer öffentlich angeschlagenen innigen Danksgabe des Papstes ausgesprochenen Wunsch achtete und als Befehl pünktlich befolgte. — Kardinal Lambruschini hat Rom bereits vor einigen Tagen verlassen und sich nach seiner Diözese begeben.

Miscellen.

* Breslau. Nach den beiden letzten Nummern von Bell's Life in London and sporting chronicle (v. 28. Juni und 5. Juli) befindet sich seit Kurzem Herr Harrwitz, aus Breslau in London, wo selbst er täglich in St. Georges-Club Schach spielt und durch sein glänzendes Spiel bereits das allgemeine Interesse dieses Zirkels der Hauptstadt erworben hat. Bald nach seiner Ankunft von Paris, wohin sich Hr. Harrwitz vor einigen Monaten von Breslau aus begaben hatte, fand ein freundschaftliches Rencontre, bestehend aus 12 Schach-Partien, zwischen ihm und dem Secretair des Clubs, Hrn. George Walker, statt. Letzterer gewann 7, Hr. Harrwitz 5. Das englische Journal spricht die Ansicht aus, daß Hr. Harrwitz dazu bestimmt zu sein scheine, ein Schachspieler von großer Bedeutung zu werden.

Halle, 23. Juli. — Gestern Abends starb hier an der Lungen-Schwindfucht der Privatdocent unserer Universität, Dr. Emil Sommer (aus Schlesien). Derselbe docirte bereits ins zweite Jahr deutsche Grammatik und deutsche Literaturgeschichte. Eine für seine Jugend außerordentliche Gelehrsamkeit, erworben durch rastlose Fleiß und unter Aufopferung jeder Art, verschaffte ihm die Achtung aller, welche ihn kannten, und eine nach Umständen zahlreiche Zuhörerschaft. Man war vollkommen zu der Erwartung berechtigt, daß durch ihn mit der Zeit eine längst gefühlte Lücke in den hiesigen Universitäts-Disciplinen sich ausfüllen werde; denn Leo's Vorträge sind bekanntlich weit überwiegend der Historie zugewendet. Proben seiner wissenschaftlichen Tüchtigkeit gab Sommer in seinen literarischen Arbeiten. Von den größeren ist uns seine Abhandlung über Faust in der Ersch- und Gruberschen Encyclopädie bekannt, dazu eine Reihe tüchtiger Recensionen, z. B. in den Berliner Jahrbüchern. Dem größern, namentlich dem hiesigen Publikum hat er sich noch neuerlich durch eine Sammlung von Sagen und Märchen aus unserer Umgebung bekannt gemacht. Die Sammlung solcher Schätze war wohl auch der Zweck einer von ihm nach Thüringen unternommenen Pfingstreise. Gerade sie aber ward auch die letzte Veranlassung zu seinem fröhlichen Tode. Einmal unterwegs von einem wiederholten Blutsturze besessen, kehrte er zum Tode reif nach Halle zurück. Der hat denn nun seine Ernte gehalten und ihn von einem durch die Wissenschaft zwar gehobenen und erheiterten, übrigens aber höchst kümmerlichen und aufopferungsreichen Leben erlöst.

(Köln. 3.)

Tilsit, 27. Juli. (E. a. M.) Ein Seitenstück zu jenem Verbrechen, das erst vor Kurzem ein Hirtenjunge von zwölf Jahren an einem älteren Gefährten verübt und der Offenbarkeit mitgetheilt wurde, ist folgendes: Am 6. Juli Abends entstand in dem Dach eines Stallgebäudes auf dem Hofe des Bauerwirths C. in P. im Kirchspiel S. Feuer, das sich so schnell verbreitete, daß bald darauf bei heftigem Winde ein zweiter Stall, eine Scheune und das Wohnhaus niedergebrannten. Den Mühungen des Bezirksgendarmen gelang es erst am Morgen, nach vieler Mühe, den Thäter in der Person des 12 Jahre alten Sohnes eines Eigenkätners aus demselben Dorfe zu ermitteln. Der Knabe war bei dem verunglückten Wirth als Hütejunge vermietet, und wurde, wie er angiebt, von einem älteren Kameraden zu dem Anlegen des Feuers dadurch bewogen, daß er ihm zwölf gelbmetallene Knöpfe, mit Figuren darauf, zu schenken versprach. Schon zwei Tage vorher hatte er die Absicht gehabt, das Verbrechen auszuführen, verlor indeß die Tornokhle, welche er im Ärmel aus der Küche dazu geholt, und wurde dabei von dem Dienstmädchen bemerkt, dem er mit großer Ruhe weiß machte, daß die Kohle ihm am Rocke wohl hängen geblieben sei. Nachdem er das Feuer angelegt, ging er ruhig zum Abendessen und behielt seinen Gleichmuth, selbst als der Feuerlärm entstand und der ganze Hof in Flamme aufging. Sein Vater hat außer ihm noch 10 Kinder, von denen zwei taubstumm sind und immer der Wartung und Aufsicht bedürfen.

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 178 der privilegierten Schlesischen Zeitung.

Sonntag den 2. August 1846.

Schlesischer Nouvelles = Courier.

Tagesgeschichte.

** Breslau, 1. August. — Am 26. Mai erließ der Magistrat und die Stadtverordneten an die schlesischen Laien-Deputirten bei der General-Synode zu Berlin folgende Adresse: In einer Zeit, in welcher von einer Seite her mit Verkennung der ewigen Kraft des Evangeliums, vermeindlich zu dessen Schutz, Alles aufgeboten wird, einen nach menschlicher Auffassung und Säzung für immer formulirten Glauben als dem allein wahren und seligmachenden ausschließliche Geltung zu verschaffen, und unsere hierdurch im Gewissen heunruhigten evangelischen Gemeinden für die Erhaltung der durch die Reformation errungenen und durch die Union weiter entwickelten evangelischen Freiheit mit um so größerer Besorgniß erfüllt wurden, je mehr der Mangel einer von den Gemeinden ausgehenden Vertretung der Kirche zum allgemeinen Bewußtsein gelangte: — in einer solchen Zeit mußte die Ueberzeugung den erfreulichsten Eindruck machen, welche der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten unterm 10. Juni 1843 bei Berufung der Kreis-Synoden als die seinige dahin aussprach: „daß die evangel. Kirche, wenn ihr wahrhaft und dauernd geholfen werden sollte, nicht nur von Seiten des Kirchen-Regiments geleitet, sondern vornehmlich aus eigenem, innern Leben und Antrieb erbaut sein wolle, und daß mithin eine gründliche Abhülfe der ihr beiwohnenden Mängel nicht sowohl durch die Darreichung von Staatsmitteln und durch die anordnende Thätigkeit Seitens der Kirchenbehörden erwartet werden könne, als vielmehr von der allgemeinen Anerkennung des Uebels und von der Vereinigung gemeinsamer Kräfte, besonders aber von den Gemeinden ausgehen müsse.“ Diese in den Herzen unsere evangel. Christen wiederhallenden Worte fanden im vorangegangenen Jahre in der Erklärung Sr. Maj. des Königs bei Bescheidung der Communalbehörden Berlins, „daß die Kirche sich aus sich selbst erbauen müsse“, so wie in dem letzten Allerhöchsten Landtagsabschiede, „daß für die bevorstehende erste General-Synode die Zugabe von Laien bereits befohlen sei“ als bald die kräftigste Bestärkung und bekräftigten zu der Hoffnung: daß eine General-Synode gebildet werden würde, deren nicht geistliche Mitglieder aus der Wahl der Gemeinden, nach einer zu Presbyterien, Kreis- und Provinzial-Synoden aufsteigenden Gliederung in freier und wirklicher Vertretung der Kirchengemeinden hervorgegangen wären. Es hat Sr. Majestät nicht gefallen, eine solche Vertretung der Gemeinden schon in der jetzt berufenen ersten General-Synode zuzulassen; zu dieser werden die Provinzial-Chefs als solche und außer ihnen diejenigen Männer weltlichen Standes zugezogen, welche von diesen Chefs gemeinschaftlich mit den General-Superintendenten designirt und von den geistlichen Provinzial-Synodalen erwählt worden sind. Euer sc. als einer dieser solcherart aus der Provinz Schlesien zur General-Synode eingesetzten Nichtgeistlichen werden hiernach selbst nicht erkennen, daß die General-Synode die, nicht im geistlichen Stande allein, sondern in den Gemeinden beruhende evangelische Kirche, in Ermangelung eines von dieser ertheilten Mandats, auf eine unsere Gemeinden irgendwie verpflichtende Weise zu vertreten nicht legitimirt ist, sondern sich nur in dem Verhältnisse eines Rathgebers des obersten Kirchenregiments in Angelegenheiten der evangelischen Kirchen befinden kann. Euer sc. wird es aber auch nicht entgangen sein, daß in unseren hiesigen evangelischen Kirchengemeinden das Bedürfniß und die Nothwendigkeit einer lebendigen Befähigung und Mitwirkung bei Lösung der kirchlichen Fragen tief empfunden, klar erkannt, und auf Grund der heiligen Schrift dringend begeht wird, und daß die evangelische Kirche auch in Schlesien eine nach apostolischem Vorbilde unter gleicher Berechtigung der geistlichen und weltlichen Mitglieder auf freie Gemeindevertretung gegründete Verfassung ersehnt, wie solche in Westphalen und Rheinprovinz schon angebahnt ist, und durch welche das Verhältniß zwischen Staat und Kirche grundgesetzlich geregelt wird. Eben so offenkundig endlich ist es, daß die unterzeichneten Communalbehörden Breslaus in Uebereinstimmung mit der überwiegenden Mehrheit in unseren hiesigen evangelischen Geistlichkeit und in unseren Kirchengemeinden an der heiligen Schrift als der alleinigen Glaubensquelle haltend, treu in der Union zu beharren und daher gegen jede dieselbe bedrohende Beschwerung der Gewissen, insbesondere aber gegen Wiedereinführung einer zu Spaltungen oder zur Heuchelei führenden Verpflichtung auf die Bekanntnisschriften, namentlich auf die, von den früher reformirten Gemeinden in Schlesien niemals angenommene Augsburgische Confession, zu protestiren fest entschlossen sind. Indem Euer sc. wir über diese unsere Ansichten

und Gesinnungen hiermit unmittelbar vergewissern, ersuchen wir Sie vertrauensvoll und ganz ergebenst: dieselben auf der General-Synode zu vertreten und jedenfalls als verwahrend von uns ausgehend ausdrücklich zur Kenntniß der General-Synode bringen zu wollen.

Breslau den 26. Mai 1846.

Der Magistrat und die Stadtverordneten.

Hierauf wurde ein von dem Herrn Oberpräsidenten v. Wedell unter dem 17. Juli ausgefertigtes Dekret an den Magistrat und durch diesen an die Stadtverordneten-Versammlung gesendet. Das Dekret lautet: „Unter Bezugnahme auf die von dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung unter dem 26sten Mai d. J. an den königl. General-Lieutenant Freiherrn v. Hiller gerichtete Zuschrift übersende ich dem Magistrate anbei beglaubigte Abschrift einer Allerhöchsten Kabinets-Ordre vom 22sten v. M., welche Se. Majestät der König, rücksichtlich der von mehreren Magistraten und Stadtverordneten-Versammlungen an Mitglieder der evangelischen General-Synode gerichteten Adressen erlassen haben, mit dem Bemerkten, daß ich von dem königl. Ministerio des Innern angewiesen worden bin, dieselbe dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung zur Kenntnißnahme und Nachachtung zuzufertigen und daher dem Magistrat überlasse, dieselbe auch zur Kenntniß der Stadtverordneten zu bringen.“

Die Allerhöchste Kabinets-Ordre lautet: „In einigen Städten der Monarchie haben Magistrate und Stadtverordneten-Versammlungen aus der Berufung einer evangelischen General-Synode Anlaß genommen, Adressen an Mitglieder der letztern einzusenden, welche nach Ursprung und Inhalt Mein hohes Missfallen erregen. Die städtischen Behörden sind nach ihrem Beruf auf die Communal-Angelegenheiten ihres Ortes verwiesen, sie vergessen ihre Stellung und ihren Beruf, wenn sie sich als Magistrate u. s. w. erlauben, das Wort in allgemeinen Kirchen-Angelegenheiten zu ergreifen, wozu die Städte-Ordnung ihnen keine Befugniß einräumt; in einigen jener Adressen ist aber auch Mein Standpunkt und Mein alleiniges Recht vergessen, die Wege und die Formen zu bestimmten, die Ich für angemessen finde, Stimmen aus der Kirche zu vernehmen, über die Bedürfnisse derselben und über die Vorbereitung zur Anbahnung eines lebensvoller Zustandes derselben, so wie Mein alleiniges Recht, die von Mir berufenen Versammlungen auch in der Bahn und in den Schranken ihres Auftrages zu halten, wenn sie den Versuch wagen möchten, sie zu übertragen. Hätten die Magistrate dies erwogen, so würden sie zugleich erkennen haben, daß sie in der Verwahrung gegen eine mögliche Annahme des Characters einer constituirten Kirchen-Versammlung Seitens der General-Synode sich eben so sehr gegen Mich, als gegen sich selbst vergingen; gegen sich selbst, weil die Verkündigung so willkürlicher, durch nichts begründeter Annahmen nur zu leicht, den Schein einer absichtlichen Agitation auf sie fallen zu lassen, geeignet wären. — Ich kann dies Alles nur deshalb hier mit Milde übersehen, weil Ich bei den Vertretern von Städten wie Magdeburg, Breslau, Königsberg sc. die in guten und bösen Tagen als Beispiele reinster Unterthanentreue und des vertrauenvollsten Anschließens an ihren König genannt zu werden, ein schönes Vorrecht erworben haben, nur voraussezgen kann, daß sie bei Herzvorrufen und Unterzeichnen solcher Adressen sich des gedachten Fehlers selbst nicht bewußt waren, ihn sicher nicht beabsichtigt haben. Es ist aber darum nothwendig, sie auf jenes Recht der Kirchengewalt zurückzuführen, welches Ich Mir nicht gegeben, welches Meine Vorfahren durch die Reformation selbst überkommen und auf Mich vererbt haben, und welches Ich — Ich habe dies mehrmals ausgesprochen — so zu gebrauchen entschlossen bin, daß die evangelische Kirche sich aus eigner Lebenskraft zur Selbstständigkeit und zu dem lange verloren gegangenen Gesamtbewußtsein wieder erheben soll. — Sie soll dies aber nicht auf dem Wege falscher Freiheit, sondern gesetzlicher, sie kann es nicht auf dem Grunde neuer willkürlicher Lehre, sondern nur auf dem des uralten Glaubens, auf dem die Kirche Christi erbaut, und der einmal für immer gelegt ist. — Sie auf diesem Wege zu schützen und zu fördern, ist Mein Beruf und Mein Entschluß. — Magistrate und Stadtverordneten-Versammlung sind zu warwarnen, diesen Entschlüsse nicht vorzugreifen, sondern sie in Ruhe zu erwarten, und sich streng in denjenigen Grenzen amtlichen Auftrittens zu bewegen, innerhalb welchen die Städte-Ordnungen sie dazu berechtigen, und deren Überschreitung Ich ferner nicht ungehahndet lassen könnte. — Sie, der Staats-Minister von Bodeschwingh, haben die unter den erwähnten Adressen verzeichneten Magistrate und Stadtverordneten-Versammlungen von dem Vorstehenden in Kenntniß zu setzen, und Sie, der Staats-Minister Eichhorn, von diesem Meinem Befehl den Mitgliedern der General-Synode Mittheilung zu machen,

Sanssouci, den 22. Juni 1846.

gez. Friedrich Wilhelm.

Breslau, 1. August. — In dieser Woche sind von hiesigen Einwohnern (excl. eines Selbstmörders, eines durch Fall verunglückten Mannes, zweier an Brandwunden gestorbenen und vier verbrannten Personen) gestorben: 38 männliche und 23 weibliche, überhaupt 61 Personen. Unter diesen starben: An Abzehrung 12, Bräune 1, Brand 1, Brechdurchfall 2, Durchfall 2, Gehirnentzündung 2, Brustentzündung 1, Lungenentzündung 1, Nervensieber 3, Zehnsieber 5, Gelenkkrankheit 1, Gehirnleiden 1, Gehirnlähmung 1, Krämpfe 5, Lebenschwäche 2, Lungenschwäche 1, Scharlach 2, Schlagfluss 2, Stickfluss 2, Kehlkopf schwindsucht 1, Lungenschwindsucht 6, Unterleibsbeschwerde 1, Unterleibsleiden 1, allgemeiner Wassersucht 2, Brustwassersucht 2, Gehirnwassersucht 2.

Den Jahren nach befanden sich unter den Verstorbenen: Unter 1 Jahre 21, von 1—5 J. 8, von 5—10 J. 4, von 10—20 J. 2, 20—30 J. 5, von 30—40 J. 3, von 40—50 J. 6, von 50—60 J. 5, von 60—70 J. 2, von 70—80 J. 5.

Stromabwärts sind auf der oberen Oder hier angekommen: 10 Schiffe mit Eisen, 13 Schiffe mit Zink, 2 Schiffe mit Zinkblech, 3 Schiffe mit Ziegeln, 5 Schiffe mit Kalksteinen, 2 Schiffe mit Brennholz, 30 Gänge Brennholz und 17 Gänge Bauholz.

Der heutige Wasserstand der Oder ist am hiesigen Ober-Pegel 18 Fuß und am Unter-Pegel 5 Fuß 5 Zoll, mithin ist das Wasser seit dem 25sten v. M. am ersten um 4 Fuß 5 Zoll und am letzteren um 4 Fuß 8 Zoll gestiegen.

Bei dem mit Ende des zweiten Quartals d. J. erfolgten Wohnungswchsel haben 1835 Familien andere Wohnungen bezogen,

Breslau. Die Annahme, daß die nach unserm letzten Bericht über den Brand des Hauses Schweidnitzerstraße Nr. 52 noch fehlenden vier Personen einem schrecklichen Tode zum Opfer gefallen, ist zur traurigen Gewissheit geworden. Nachdem am 29sten d. J. die feierliche Beisezung der Leiche des unglücklichen Fleischergesellen Koch kaum erfolgt war, wurden am Nachmittag die fast ganz unerkennbaren Ueberreste menschlicher Gebeine an dem Orte vorgefunden, an welchem die Explosion des Pulvers stattgefunden hatte. Nur durch das Gutachten Sachverständiger war noch festzustellen gewesen, daß die aufgefundenen Gebeine die eines erwachsenen Mannes und Gebeine von Kindern waren. Sie wurden sogleich aufgesammelt, jedoch war es selbst den anwesenden Aerzten unmöglich, zu bestimmen, ob die Ueberreste der ganz verkohlten Knochen von einem oder mehreren Kindern herrührten. Indes ist nunmehr jeder Zweifel über das Schicksal der beklagenswerten Opfer jenes furchtbaren Ereignisses geschwunden, wenn überhaupt ein solcher noch existieren konnte. Die Explosion war so stark, daß in dem benachbarten Hause zur Stadt Berlin die nach dem Hofe führenden Fenster, größtentheils ausgehoben, und selbst die Holzrahmen daran zertrümmert wurden. Der gewaltige Stoß hatte auch in einem Augenblitze die Flammen nach allen Seiten hin getrieben und verbreitet, und schon nach wenigen Minuten das Innere des Hauses in völlige Gluth gesetzt. Wie groß die lebhafte gewesen, mag man daraus entnehmen, daß noch bis jetzt, nachdem auch des Nachts der brennende Schutt begossen worden, im Innern derselben das Feuer noch fortbrennt, und nur durch starkes Begießen mit Wasser es möglich wird, die glühenden Trümmer in so weit etwa eine Elle tief abzukühlen, daß mit dem Aufräumen der Brandstätte vorgeschritten werden kann. — Nachtrag. So eben am 31sten v. M. Mittags ist der alte Fleischermeister Koch aufgefunden worden und so wenig verstümmelt, daß über die Identität der Person kein Zweifel obwalten kann. Nur die Beine sind ganz verkohlt und durch Feuer zerstört, im übrigen aber der Körper noch erhalten und kennbar. Ob die vorstehend erwähnten, und von einem Arzte als die Gebeine eines erwachsenen Menschen anerkannten Knochen wirklich Menschenknochen, und somit vielleicht doch noch ein oder gar einige Opfer mehr zu beklagen sind, darüber wird wohl die Untersuchung Gewissheit ergeben. Schrecklich wäre es, wenn das bisher umgehende Gerücht, daß mehrere Personen aus dem Gebäude in dem abgebrannten Hause anwesend gewesen und mit verunglückt wären, seine Bestätigung finden sollte. Bis

jezt hat letztere gänzlich gefehlt, und wir haben auch deshalb des gedachten Gerüchtes nicht erwähnt. Später werden wir über das Resultat der eingeleiteten Nachforschungen weiter berichten. — Kaum hatten sich die Bewohner Breslaus von dem Schrecken über den Brand am 26ten v. M. erholt, als schon eine neue gleiche Gefahr und zwar von ruchloser Hand bereitet, der Stadt drohte. Am 30ten d. M. fand nämlich ein Knabe in einem, neben dem Schlachthofe befindlichen und nach der Weißgerbergasse belegenen Stallfenster einen ellenlangen Streifen Schwamm an dessen Ende ein Packet Blühölzer und mehrere Lappen mit Pech befestigt waren. Das eine Ende des Schwamms hatte bereits gebrannt, wie man deutlich sehen konnte, war aber von selbst wieder erloschen. Wenn das angelegte Brandmaterial vollständig zum Brennen gekommen wäre, so würde, da sich in dem Stalle und den angrenzenden Ställen viel Stroh befindet, und dort gerade fast alle anstehenden Gebäude von Holz sind, einer der fürchterlichsten Brände entstanden sein, der leicht ein ganzes Viertel hätte einschern können, um so mehr als diese versuchte Brandstiftung offenbar in der Nacht stattgefunden hat. (Anz.)

Bunzlau 31. Juli. — Die Strecke der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn von hier nach Frankfurt ist nunmehr so weit vollendet, daß am 28. d. eine Probefahrt bis nach Guben unternommen werden konnte. Zu diesem Behuf traf der Oberingenieur der betreffenden Abtheilung, Herr Engel, mit den dazu eingeladenen städtischen Behörden aus Sorau, Sommerfeld und Guben und den Bau- und Bahndienstbeamten des Morgens auf dem hiesigen Bahnhofe ein. Nachmittags um halb 4 Uhr fuhr der mit Fahnen und Blumengewinden festlich geschmückte Zug ab und legte die bereits mit Telegraphen versehene Strecke bis Sorau in $1\frac{1}{4}$ Stunden zurück. Nach kurzem Verweilen wurde die Fahrt über Sommerfeld bis nach Guben fortgesetzt. Hier, so wie in Sorau hatten sich zahllose Zuschauer versammelt. Die aus den großartigen Fabriken unseres niederschlesischen Cockerill, des Herrn Kommerzienrates Baller zu Wilhelmshütte bei Sprottau, hervorgegangene, eben so schöne als kunstvoll konstruierte eiserne Neisse-Brücke (dieselbe hat 15 Deffnungen zu 32 Fuß Weite), so wie das Schießhaus waren glänzend erleuchtet. In den Räumen des Letzteren fand ein Abendbrot statt. Am folgenden Morgen wurde die Fahrt noch bis nach Fürstenberg ausgedehnt und von dort aus nach Bunzlau zurückgekehrt.

* Salzbrunn, 31. Juli. — Das Prognostikon, welches wir in unserm letzten Schreiben dir gestern hier aufgeführten Lokalposse „die Geheimnisse von Salzbrunn“ gestellt haben, hat sich leider erfüllt. Das Stück mußte unverdienter Weise das Schicksal seiner bisher in Schlesien erschienenen Schwestern thelen, weil Einige, die in den Geheimnissen eine traurige Rolle zu spielen fürchteten, seinen Tod beschlossen hatten. Der Dichter hatte ein Lustspiel geschrieben, das seinem Leser alle Ehre macht und auch auf jeder andern Bühne den Beifall erntete, der ihm von dem ungemein zahlreich versammelten Publikum bis zum Ende gespendet wurde. Auch am Ende erst konnten einige entschlossene Unruhestifter ihre mitgebrachten Peisen gebrauchen, doch wurden sie bald von den Beifastruenden übertönt. Jeder Gebildete hat heute seine Indignation über diese Ruhestörung zu erkennen gegeben, und den Dichter bedauert, dessen schöne Arbeit einer theilweise willentlich schlechten Aufführung und einigen Schauspieler-Intrigen unterlegen mußte.

Bad Nieder-Langenau b. Habelschwerdt, 25. Juli (Wanderer.) Heut wurde die neue Kolonade, welche die verw. Frau Doktor Hanke hat erbauen lassen, eingeweiht. Nachdem sich die Kurgäste, wie die aus der Ferne gekommenen, in der Allee versammelt hatten, setzte sich der Zug von dem Hause des Dr. Hanke in Bewegung. Voran gingen 8 festlich und mit Kränzen geschmückte Knaben, welche Fahnen in den Händen trugen. Ihnen folgten die jüngsten Kinder der Frau Dr. Hanke, ein Mädchen und ein Knabe, Erstere einen Pokal, Letzterer den Schlüssel zur Halle tragend. Hierauf folgte die Erbauerin der Halle Fr. Dr. H., geführt von dem Landrat Hrn. v. Prittwitz und Hrn. Bürgermstr. Kuzen aus Neustadt; dann schlossen sich die Kurgäste und Fremden paarweise dem Zuge an. Vor der Halle der Kolonade (dieselbe liegt erhöht und führt 7 Stufen hinauf, auf denen 14 weißgekleidete Mädchen mit Kränzen in den Haaren und Blumenguirlanden in den Händen standen. Zwischen den Säulen der Kolonade waren Festons von Eichenlaub und am Eingange der Halle 2 Pyramiden von Tannengrün aufgeführt und alles mit bunten Lampen, die Abends erleuchtet wurden, versehen) angelangt, gruppirten sich der Zug in einen Halbkreis. Fr. Bürgermstr. Kuzen sprach im Namen der Erbauerin einige sinnreiche Worte über die Entstehung und Ausführung der Kolonade, und wie Fr. Dr. Hanke mit Lust und Liebe das begonnene Werk gefördert wie beendet habe, und es den geehrten Gästen mit dem herzlichen Wunsche übergebe: daß es Allen Gesundheit spenden möge, welche Langenau's Heilsquellen besuchten.

Darauf brachte er den Kurgästen im Namen der Gründerin ein dreimaliges Lebhech aus. Hr. Landrat v. Prittwitz drückte hierauf im Namen aller Anwesenden der Fr. Dr. Hanke für ihr zum Besten des Badeortes ausgeführtes Unternehmen seinen Dank aus, dem der hiesige Badearzt noch in kurzen gehaltreichen Worten den Wunsch hinzufügte, daß das Emporblühen des Ortes sich freudiger gestalten möge. Ein gut ausgeführter Männergesang, geleitet von dem Herrn Hector Hauke beschloß die herrliche vom schönsten Wetter begünstigte Feier, welche den Anwesenden bis zur fernsten Zeit eine freudige Rückinnerung bleiben wird. Abends fand Illumination und Ball statt.

Liegniz. (Amtsbl.) Von der hiesigen königl. Regierung sind bestätigt worden: der Hospital-Worwerkspächter Friedrich Adolph Brendel zu Sprottau, als Rathsmann dasselbst; der bisherige intermissionistische Lehrer Ernst Eduard Horn, als Schullehrer zu Skerbersdorf im Kreise Rothenburg; der bisherige Adjunkt, Johann Gottlieb Scholz zu Krobsdorf Löwenberger Kreises, als Schullehrer dasselbst.

Handelsbericht.

Breslau, 1. August. — An unserm Getreidemarkt war auch in dieser Woche wenig Leben bemerkbar, da der Besuch derselben von Seiten der Producenten der fortduernden Feldarbeiten wegen, sehr klein war. Diesem Umstände allein ist es zuzuschreiben, daß sich die hiesigen Preise fortduernd hoch behaupten, da die Zufuhren kaum den Bedarf der Consumenten zu decken vermögen.

Weizen, woorin sich die Preise auf allen auswärtigen Märkten niedriger gestellt haben, behauptete sich hier ziemlich unverändert, und bat man für alten und neuen gelben nach Qualität 52 à 78 Sgr. bis 80 Sgr., für alten weizen 55 à 80 Sgr. pr. Scheffel zugestanden.

Roggen hat sich im Preise eine Kleinigkeit ermäßigt, und bewilligte man dafür nach Qualität 67 à 72 Sgr. pr. Scheffl. Von altem Roggen kommt nur noch sehr wenig vor.

Gerste behauptete sich auf 47 à 55 Sgr. pr. Scheffl. Alter Hafer mit 38 à 41 Sgr., neuer mit 29 à 32 Sgr. bezahlt.

Erbien holten bei schöner Qualität 67 à 70 Sgr. pr. Scheffl. Winter-Raps fand anhaltende Beachtung und haben sich dadurch die Preise für baldige Lieferung auf 62 à 65 Sgr., für Lieferungen Mitte August ab auf 66 à 67 Sgr. pr. Scheffl. gesteigert.

Winter-Müsli mit 57 à 59 Sgr. bezahlt.

In den Preisen von weißer Kleesaat hat sich nichts wesentlich geändert, und zahlte man für seine Ware noch 11 à 11½ Rtl. für seine mittel und mittel 10½ à 9½ Rtl. für ordinaria Sorten 9 à 8½ Rtl.

Für rohes Müsli pr. Hertz 9½ Rtl. gesordert, doch nur einzeln 9½ Rtl. zu machen. Eco-Ware findet wenig Kauflust, auf 9½ Rtl. gehalten.

Spiritus loco auf 10 Rtl. gehalten, 9½ Gld. Lieferung pr. Septbr./Oktbr. 9 Rtl. Brief, 8% Rtl. Gld. pr. Oktbr. bis Mai 8 Rtl. Brief, 7% Rtl. bezahlt.

Breslauer Getreidepreise vom 1. August.

	Beste Sorte: Mittelsoorte: Geringe Sorte		
Weizen, weißer . . .	80	Sgr.	70 Sgr. 52 Sgr.
Weizen, gelber . . .	80	"	68 " 50 "
Roggen	72	"	69 " 66 "
Gerste	54	"	49 " 46 "
Hafer	40	"	37½ " n. 28-31"
Raps	65	"	64 " 63 "

Action-Course.

Breslau, 1. August.
Ober-Obst. List. A. 4% p. C. 108½ Br. Prior. 100 Br.
ditto iiii. B. 4% p. C. 101 Br.
Breslau-Schweidn., Freiburger 4% abgt. 100½ bez.
ditto dito prior. 100 Br.

Niederschl.-Märk. p. C. 93½ Br.

ditto Zweigb. (Glog.-Sag.) Zul.-Sch. p. C. 76 Gld.
Ost-Rheinische (Kön.-Wittgen.) Zul.-Sch. p. C. 95½ Br.
Sächs.-Sch. (Dresd.-Görl.) Zul.-Sch. p. C. 100½ Br.

Neisse-Brig. 3½-Sch. p. C. 74½ Br.

Krakau-Oberschles. Zul.-Sch. p. C. 80½ bez.

Gassel-Kippstadt Zul.-Sch. p. C. 91½ bez. u. Gld.

Friedrich.-Aach.-Nordbahn Zul.-Sch. p. C. 82½ u. ½ bez. u. Gld.

Reichenbach in Schl. — Die No. 172 der Schles. Zeitung brachte uns in ihrer ersten Beilage ein „Eingesandt“ auf den in No. 28 des Schlesischen Kirchenblattes enthaltenen Artikel „vom Eulengebrge.“ Wenn letzterer die hiesigen confessionellen Zustände offenkundig schildert und Referent desselben mit Recht „seinen gepreßten Herzen Lust zu verschaffen sucht“, da er es fühlt, wie schwer Störungen des confessionellen Friedens zu ertragen seien; so läßt das erstere auch schon der Form nach schließen, wessen Geistes Kind der Verfasser ist. Doch dem sei, wie ihm wolle; will ja doch jeder heutzutage mitprechen, selbst wenn er unberufen ist. Aber Eines, Herr Correspondent, muß ich aus Ihrem Aufsatz besonders hervorheben. Es wird Ihre Gesinnungslustigkeit auf die glänzendste Weise zu Tage geben. Sie sagen: „In dem nahen Höfendorf wurde an einem Dorf- und Feldwege ein neues Kreuz aufgerichtet, das alte war abgemorscht, und brach in einer Nacht der Sturm um!“ Die Protestantenten sollten es gewesen sein! die den Frevel verübt haben. — Das Kreuz wurde, Prozession mit Fahnen von der kathol. Kirche in der Stadt ausgehend, an seinem Platze aufgerichtet und geweiht! Pilati-Ueberschrift genügte aber nicht, des Fanatismus Unterzeichen mußte darunter kommen, es lautete: den Ketzern zum Hohn, den Juden zum Spott! man fügte indes auch hinzu: und Gott zur Ehre. Der öffentliche Unwillen wurde laut, man

entfernte jene Tafel und schrieb auf eine andere: „Das Zeichen des Kreuzes wird den Juden ein Aergerniß, den Heiden aber eine Thorheit sein! Derartige Aufstellungen waren die Anfänge zur Störung der confess. Einigkeit.“ — Wie können Sie es wagen, keine Gedichtungen der Welt als Wahrheit aufzutischen! Daß ein neues Kreuz an benannte Stelle aufgerichtet wurde, ist wahr, aber vordem stand nie eines an derselben, wie mancher Bewohner von Höfendorf wird bezeugen können. Das alte konnte also nicht „abgemorscht“ sein, „der Sturm konnte es nicht umgebrochen haben.“ Also war auch schon der bloße Gedanke unmöglich: „Die Protestantenten sollten es gewesen sein, die den Frevel verübt haben.“ — Gehen wir weiter, so ertappen wir unsern Correspondenten bei einer zweiten Unwahrheit und, wenn er nicht selbst der Getäuschte wäre, bei einer absichtlichen Verleumdung. Daß das Kreuz „Prozession mit Fahnen von der kathol. Kirche in der Stadt ausgehend“ (richtiger wohl: nachdem eine Prozession ausgegangen!) an seinem Platze aufgerichtet und geweiht wurde, ist wahr, und Herr F. M. braucht kein Ausruftzeichen hinter „geweiht“ zu setzen; er blickt nur in den kathol. Katechismus und belehre sich daraus über die Bedeutung der kirchlichen Weihe und dann erst seye er bei derartigen Beschreibungen seine Unterzeichnungszeichen. Durch seine Worte aber: „Pilati-Ueberschrift genügte aber nicht, des Fanatismus Unterzeichen mußte darunter kommen, es lautete: den Ketzern zum Hohn, den Juden zum Spott! man fügte indes auch hinzu: und Gott zur Ehre.“ verräth er seinen ganzen Ingrimm gegen die kathol. Kirche. Wohl befindet sich auch heut noch an dem Kreuze eine Tafel mit den Worten der Schrift: „das Zeichen des Kreuzes wird den Juden ein Aergerniß, den Heiden aber eine Thorheit sein,“ und sie war schon im ersten Augenblick, da das Kreuz errichtet wurde, an demselben zu sehen; jenes Unterzeichen des Fanatismus aber haben wir nie darunter erblickt. So nur könnte „der öffentliche Unwille darüber nicht erst laut werden;“ es war nicht nöthig, „jene anstößige Tafel zu entfernen,“ denn es war keine vorhanden und es konnten „derartige Aufstellungen nicht die Anfänge sein zur Störung der confess. Einigkeit.“ Nach soweitiger Berichtigung wird wohl jeder geehrte Leser zu urtheilen vermögen, wem von den beiden Correspondenten der Zuruf gelte: „Aus Deinem eigenen Auge ziehe zuerst den Balken heraus; alsdann magst Du sehen, daß Du den Splitter aus Deines Bruders Auge ziehest.“

Lebte Nachrichten.

Berlin, 1. August. — Se. Majestät der König haben bei Gelegenheit Allerhöchstlicher Truppen-Inspektionstrasse durch die Provinz Sachsen folgende Ordensverleihungen zu beschließen geruht. Es haben erhalten:

- I. Den rothen Adler-Orden erster Klasse: v. Polombini, kaiserl. österreichischer Feldmarschall-Lieutenant a. D. auf Grochwitz, Kreis Schweinitz.
- II. Den rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub: Freiherr v. Münchhausen, Landrat a. D. auf Straßfurth, Kr. Weissensee.
- III. Den rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife: Würschmidt, Dechant und kathol. Ober-Pfarrer zu Erfurt. v. Grabowsky, Hauptmann a. D. und Direktor der Straf-Anstalt zu Lichtenburg. Nobbe, Ober-Regierungsrath zu Merseburg. Dr. Pernice, Geheimer Ober-Regierungsrath, außerordentlicher Regierungs-Beschäftigter an der Universität zu Halle.

- IV. Den rothen Adler-Orden vierter Klasse: Bärwinkel, Bürgermeister zu Torgau. Douglass, Bürgermeister zu Aschersleben. Schmidt, Stadtverordneter und Brennereibesitzer in Mühlhausen. Haun, Gymnasial-Direktor dasselbst. v. Goldacker, Kreis-Deputierter auf Webersdorf, Kreis Langensalza. Silber-Rentner zu Erfurt. Bollandt, Landtags-Abgeordneter und Stadtrath dasselbst. Fortsch, Gymnasial-Direktor zu Naumburg. Cursch, Post-Direktor dasselbst. Müller, Ober-Bergrath zu Halle.
- V. Den St. Johanniter-Orden: Freiherr von Triesten, Kammerherr und Landrat des Mansfelder Gebirgskreises auf Rathmeisburg. von Winzingerode-Knorr, Kammerh. u. Landr. des Kreises Mühlhausen. v. Stammer, Kreis-Deput. u. k. sächs. Jagd- u. Kammerjunker auf Triesewitz, Kr. Torgau.

- VI. Das Allgemeine Ehrenzeichen: Wegner, Administrator der Domäne Göden. Bornmann, Senator und Gastwirth in Liebenwerda. Thäringen, Landtags-Abgeordneter, Erbrichter zu Döbern, Kreis Torgau. Fritzsche, Ortschulze in Dobergast, Kr. Delitzsch. Hoedler, Ortschulze in Siekisch, Kr. Delitzsch. Braunsdorff, Ortschulze zu Schköna, Kr. Bitterfeld. Römling, Ortsrichter zu Woiffen, Kr. Bitterfeld. Faulwasser, Ortschulze zu Eustrena im Saalkreise. Becksen, Zimmermeister zu Halle. Pohlert, Ortsrichter in Kleinwittenberg, Kr. Wittenberg. Reckling, Ortschulze zu Langenweddingen, Kr. Wanzeben. Stolte,

Kantor zu Wegeleben, Kreis Oschersleben. Kunze, Schmiedemeister zu Oschersleben. Weiß, Registr. beim Magistrat in Salzwedel. Rausche, Ortschulze zu Abenteide, Mansfelder Gebr. skr. Volze, Ortschulze zu Salzmünde, im Mansfelder Seckreise. Katch, Bürgermeister in Schraplau, im Mansfelder Seckr. Krügel, Polizei-Sergeant in Nordhausen. Credo, Ortschulze zu Salza, Kr. Nordhausen. Theele, Rendant der geistl. und milden Stiftungs-Fonds zu Heiligenstadt. Böhm, Ortschulze zu Nieder-Dorla, Kr. Mühlhausen. Lange-Küstner, Schulze und Kreistags-Deputirter zu Gispersleben-Kiliiani, Kr. Erfurt. Steinbach, Ortschulze zu Hauerode, Kreis Eckartsberga. Zeppin, Ortschulze zu Backleben, Kreis Eckartsberga. Löther, Ortschulze zu Rehehausen, Kr. Naumburg. Henschel, Ortschulze in Oßig, Kr. Zeiz. Becker, Ortschulze in Pauscha, Kreis Weissenfels. Neubert, Ortschulze zu Wünschendorf, Kr. Merseburg. Kramer, Kämmereikassen-Rendant zu Freiburg Kreis Querfurt. Schönberger, Pedell bei der Universität zu Halle. Köhler, Schullehrer in Emseloh, Kreis Sangerhausen.

Der bisherige Privat-Docent Dr. Beyrich hier selbst ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der hiesigen königl. Universität ernannt worden.

Se. Excellenz der großherzgl. mecklenburg-strelitzsche Wirkliche Staats-Minister von Dewitz ist von Wiesbaden und der kaisrl. russische Contre-Admiral Kasin, von Dresden hier angekommen.

Königsberg, 26. Juli. (D. A. 3) Die Haft des Buchhändlers Theob. Theile in dem hiesigen Schloßgefängnisse, worin übrigens auch gleichzeitig ein katholischer Priester sitzt, hat schon ohne seine Verschuldung zu abermaligen Verhören und polizeilichen Untersuchungen Veranlassung gegeben. Es wurde allabendlich von einer Anzahl junger und älterer Bürger dem gefangen Buchhändler ein Ständchen zu bringen projectirt; man sah auch den kleinen Trupp theils Neugieriger, theils selbst Behetigter auf und vor dem Schloßplatz umherwandeln; allein die vielfach postirten Polizeibeamten wußten jedesmal die beabsichtigte Demonstration zu verhindern, und veranlaßten nachträglich die Vernehmung einzelner dabei bemerkter Individuen. Nach einer andern Version wollte man Hrn. Theile kein solennes Ständchen bringen, sondern nur einen freundschaftlichen "guten Abend" zulassen. — Die Untersuchungsfache des Dr. Jacoby, wegen seiner beiden letzten Broschüren, wird sich wohl etwas in die Länge ziehen, da sein Vertheidiger, Justizrat Malinski, beiläufig gesagt, einer unserer geistvollsten Advocaten, Kränklichkeit halber, nach dem Bad Aachen gegangen ist und dort wohl mehrere Monate verweilen wird. Dr. Jacoby hat sich deshalb eine längere Vertheidigungsfrist erbeten, die ihm auch sicher gewährt werden wird.

Mannheim, 27. Juli. (M. A. 3.) In Folge der jüngsten „Einladung“ fand sich heute eine sehr große Anzahl hiesiger Bürger zur bestimmten Stunde am Aula-Saal ein, um sich wegen des Erlasses einer Petition in der Schleswig-Holsteinschen Sache zu berathen. Der Saal war jedoch geschlossen und Polizeimannschaft sammt Gensd'armerie verwehrten den Eintritt unter Hinweisung auf ein vom hiesigen Stadt-Amts ergangenes ausführlich motiviertes Verbot. Auf geeigneten Vorbehalt bemerkte der gr. Polizeicommissair, er habe die Weisung, erforderlichenfalls Gewalt zu brauchen. Die Erschienenen, welche nicht sofort, weil sie die Sache vereitelt glaubten, heimgekehrt waren, begaben sich nun in den benachbarten Rheinau-Saal, woselbst dann nach einleitender Erörterung und Würdigung der angeführten Polizeimafregel der gefertigte Adresse-Entwurf wiederholt vorgetragen, gutgeheissen und unterzeichnet wurde. Während die Hunderte anwesender Einwohner noch mit der Unterzeichnung beschäftigt waren, kam der Polizei-Commissair nebst Begleitung in den Saal, um, auf neue Weisung des gr. Stadtdirectors gestützt, auch diese Versammlung aufzulösen. Dies gelang jedoch nicht, indem die anwesenden Bürger, von der Überzeugung ausgehend, sie seien in ihrem guten Rechte, sich nicht aneinander treiben lassen, um so weniger, als hier nicht einmal eine schriftliche Erklärung von Seiten der Behörde vorlag. Die Petition wurde sofort mit mehr als 500 Unterschriften bedeckt und wird heute noch nach Kraatz abgehen. Nachdem später die Versammlung sich bis auf 6—8 Mann getrennt hatte, erschien die Polizei noch einmal, mit einem dicken Schreibbuche versehen. Da sie sich jedoch überzeugte, daß die Versammlung nur noch so wenig zahlreich war, so entfernte sie sich wieder, mit dem Bemerkken, daß der Unterzeichnung keine Hindernisse in den Weg gelegt werden sollten. Ohne das Einschreiten der Polizei im Aula-Saal wäre die Versammlung sicher binnen einer Stunde die zahlreichste geworden, die wir hier noch je hatten, und die Adresse dieser Hunderte von Unterschriften mehr erhalten. Über diesen neuen Eingriff der Behörde in die Ausübung des Petitionsrechts der badischen Bürger werden sich die betreffenden Einwohner Mannheims noch besonders an die Kammer wenden. (Einen hiermit übereinstimmenden Bericht enthält auch das Mannheimer Journal.)

Bernburg, 27. Juli. (Magd. 3.) Die Gesetzes-Sammlung für das Herzogthum Anhalt-Bernburg ent-

hält eine landesherrliche Verordnung, welche bestimmt:

1) Die Anhalt-Göthen-Bernburger Eisenbahn-Gesellschaft erhält die Befugniß, Papiergeld zum Nominalbetrage von zweimalhunderttausend Thalern im vierzehn Thalerfuße anzufertigen und auszugeben. 2) Diese Cassenscheine müssen nicht nur jederzeit in allen Kassen der Gesellschaft, sondern sie sollen auch in allen Bernb. Landeskassen zum vollen Nennwerthe angenommen und auf Verlangen bei der Kammerkasse in Bernburg gegen baares Geld umgetauscht werden. Zur Sicherung der etwaigen spätern Einlösung dieser Kassenscheine wird von der Anhalt-Göthen-Bernburger Eisenbahn-Gesellschaft der Betrag der auszugebenden Kassenscheine bei der Landes-Regierung in Bernburg in Documenten niedergelegt werden. Die Ausgabe der Kassenscheine wird auch nicht eher erfolgen, bis diese Desposition von Seiten der Gesellschaft stattgefunden hat.

Paris, 27. Juli. — Die Börse war heute zum Aufschwunge geneigt, in Folge der höheren Notirung der Consols und des in London verbreiteten Gerüchtes, Lord John Russell werde die Majorität haben.

Bei dem gestrigen Festmahl zu Lissieu soll Guizot den Wählen (doch wohl nur verblümt!) angezeigt haben, das Cabinet vom 29. Okt. gedenke eine feste und kühnere Politik, als die bisher befolgte, einzuschlagen.

Der König wird, dem Vernehmen nach, die kurze Session der Kammern nicht eröffnen, welche am 17ten August beginnt und sich auf die Prüfung der Vollmachten beschränkt wird.

Heute in der Frühe um 6 Uhr verbreitete sich durch ganz Paris die Kunde, das Gebäude der Rennbahn (Hippodrome) an der Sternbarriere sei durch eine große Feuersbrunst in Asche gelegt worden; vor 8 Uhr strömte eine Menge Neugieriger nach der Gegend, wo der Triumphbogen steht. Leider zeigte sich die Nachricht von dem Unglück nur zu begründen. Der Brand war während der Nacht in den Ställen ausgebrochen und hatte rasch um sich gegriffen; erst gegen 3 Uhr war das Feuer bemerkt worden; fast wäre es zu spät gewesen, die Pferde zu retten; die Thiere wollten nicht zu den geöffneten Räumen heraus und wieherten auf die jämmerlichste Weise; endlich gelang es, einen Renner in Bewegung zu setzen; so wie einer den Weg heraus gefunden, folgten alle übrigen in großem Drang nach; ein Pferd ist in den Flammen umgekommen. Ein Theil des Hippodroms — der, wo die beiden Osterester eingerichtet sind — ist erhalten worden. Der Schaden wird auf 50,000 Fr. angeschlagen.

London, 25. Juli. Daily-News in seinem City-Artikel will wissen, daß Lord J. Russell entschlossen sei, wenn ihm in der Zuckerfrage das Unterhaus ernstliche Verlegenheiten bereiten sollte, dasselbe nicht aufzulösen, sondern die Regierung in die Hände der Protectionisten kommen zu lassen.

Die Besorgniß vor einer starken, vielleicht erfolgreichen Opposition der Protectionisten gegen Russells Plan zur Regulirung der Zuckerzölle ist verschwunden. Die Partei kommt zur Einsicht: wenigstens versichern es die Times. Die Tories haben keineswegs die Hoffnung aufgegeben, künftig wieder einmal an die Gewalt zu kommen; ihr politischer Ehrgeiz hat sie nicht verlassen; sie haben aber erkannt, daß jetzt nicht die Zeit ist, ihn geltend zu machen. Die Zuckerfrage hat sich so zu sagen von selbst erledigt. Das Land bedarf größere Vorräthe und billigere Preise.

Aus den Fabrik-Districten gehen beunruhigende Nachrichten ein; doch lassen sich darüber die Blätter nur kurz aus. Im City-Artikel des Globe liest man folgende inhaltschwere Zeilen: „Die heute aus Liverpool eingegangenen Berichte melden, daß die Spinnereien und Webereien in Manchester nicht allein weit geringer, sondern in vielen Fällen selbst gar keinen Gewinn mehr abwerfen, und daß es schwer hält, selbst zu herabgesetzten Preisen Verkäufe zu Stande zu bringen.“

Pampeluna, 20. Juli. — Vor einigen Tagen wurde eine Verschwörung entdeckt; die Verschworenen beabsichtigten, sich der Citadelle zu bemächtigen und ein neues Pronunciamiento zu machen. Ein Sergeant des Infanterie-Regiments von Zamora setzte seinen Captain von diesen Umtrieben in Kenntnis. Alsbald wurden mehrere Serganten verhaftet und eine Untersuchung eingeleitet. Gestern versammelte sich das Kriegsgericht, die Angeklagten, 17 an der Zahl, Militaire und Bürger, abzuurtheilen. Die Schuldigen wurden theils zu Galeerenstrafen, theils zur Verbewisung nach andern Districten des Königreiches verurtheilt.

Rom, 20. Juli. (A. 3.) In diesen Zeiten kalten Speculationsgeistes, in denen die Flamme der Begeisterung, die so theurer und edler Empfindungen Urheberin ist, erloschen zu sein scheint, gereicht es zur besondern Freude zu sehen, wie die gesammte Bevölkerung einer großen Stadt, die sonst so ruhig und fast indolent ist, als wäre es ein einziger Mensch, aufsteht und sich dem Rausch ungewohnter Freude hingiebt. Papst Pius IX. schöne Seele, von der das glückverheissende Edikt der erste und unmittelbare Abglanz ist, hat in der That die Bedürfnisse der Zeit und seinen hohen Beruf auf Erden begriffen, und seinen Namen unter die der wenigen Wohlthäter der Menschheit eingezeichnet, welche

die Gnade des Himmels zuweisen in dem einen oder andern Jahrhundert wie Engel herabsendet um das Elend zu trösten und die Thränen der Sterblichen zu trocknen. Was die Person Sr. Heiligkeit betrifft, so hat ihm der Himmel in Fülle alle diejenigen Gaben zugethieft, welche Liebe und Bewunderung gleichsam gebieterisch erheischen. Obwohl er bereits 54 Jahre hat, so zeigt er doch kaum 43, hat regelmäßige, wohlgefällige Gesichtszüge, einen lieblichen Ausdruck, und Augen, die Einsicht wiederstrahlen, eine hohe herrliche Gestalt und jene Würde des Anstandes welche den wahren und echten Edelmann auszeichnet; seine Stimme ist helltönend, deutlich und modulirt, sowohl bei der Feier seines hohen Amtes, wenn er den Lobgesang zu Ehren des Höchsten anstimmt, als bei der Herabrufung des Segens auf sein treues Volk; in jeder seiner Bewegungen aber zeigt sich eine wahrhafte Leutseligkeit und tiefe Demuth. Möge ihn der Himmel lange Jahre der Liebe und dem Glücke des Staats und der Kirche erhalten! — Mit Ungeerd werden die Nachrichten aus den Provinzen erwartet, denn wenn schon in Rom, wo man nur sehr wenige und obscure Beteiligte zählt, diese Maßregel eine solche Wirkung hervorgebracht hat, was wird erst in den Provinzen los sein, wo seit langen Jahren Tausende von Familien auf diesen Tag der Gnade unter Thränen schmachtend geharrt haben!

Der # Corresp. der Allg. Ztg. meldet aus „Rom 19. Juli“: Der Jubel der Römer erreichte erst diesen Morgen seinen Gipfel. Denn als der heilige Vater nach beendigter Messe von der Kirche der Pedri della Missioni weg über Monte Citorio fuhr, löste man sein Sechsgeßpann ab, und bei 400 Jünglingen und Männer zogen den Wagen an rothen seidenen Schnüren fast $\frac{3}{4}$ Meilen durch den Corso den Quirinal hinauf (vgl. im „Haupttheile unter Rom“). Vor der Kirche San Silvestro wartete ein Gonfaloniere mit der (gelbweiß gespickten) Fahne des römischen Volks, und führte den Zug in den apostolischen Palast. Beim Aussteigen küßte der Papst die Standarte und bat sie sich zum Geschenk aus. Viele Theilnehmer am Zug waren durch die Amnestie aus ihrer Haft befreit. Es ist mir angenehm, Ihnen das von allen Compromittirten dieser Kategorie im In- und Auslande zu unterzeichnende Cartell mittheilen zu können. Es lautet: „Sind ich Endesunterschriebener in meines legitimen Fürsten Papst Pius IX. hochherziger und freiwilliger Verzeihung meines jedwedigen Schuldantheils an der Störung der öffentlichen Ruhe und der Auflehnung gegen die gesetzliche Macht in seinen zeitlichen Herrschaften eine ganz besondere Gnade dankend anerenne, verspreche ich mit meinem Ehrenorte, daß ich in keiner Weise und nie diesen Akt oberherrlicher Milde missbrauchen, vielmehr jede Pflicht eines guten Unterthanen treulich erfüllen werde.“ — Aus guter und glaubenswerther Quelle kann ich versichern, daß der Papst das alleinige große Verdienst der Amnestie hat. Bereits als Bischof hat er sie in Vorschlag gebracht. Am Tage seiner Wahl im Conclave selber noch theilte er einigen ihm nahestehenden vertrauten Personen die Absicht mit einer Amnestie seinem Volke zu geben. Wir sind in Erwartung von andern neuen Maßregeln, worüber man sich im Publikum bespricht, und die alle auf Verbesserungen im Gegensatz der früheren Verwaltung hindeuten. — An mehreren öffentlichen Orten werden Sammlungen und Unterschriften für die hülfsbedürftigen Amnestirten veranstaltet, und es kamen in den ersten Stunden, ohne daß die Sammlung geschlossen ist, nicht unbedeutende Summen ein. — Daß der Jubel der Römer nicht anhalten kann und darf, versteht sich von selbst, und daß derselbe ganz ungetrübt vorübergehen dürfte, ist nicht anzunehmen. Leider sollen bereits Nachrichten aus einigen Drittschaften in den Provinzen eingelaufen sein, wonach es zwischen den Gegnern der dort erwarteten Amnestie, woran es hier auch nicht fehlt, und der Partei die auf diese mit Sehnsucht harrte, zu Händeln gekommen sei.

Rom, 20. Juli. (A. 3.) Wollen Sie aus nächstehender, vom Staatssekretariat so eben erlassener Bekanntmachung einen Schlüß auf das in diesen Tagen stattgehabte Volkstreiben machen: „Se. Heiligkeit unser Herr ist durch die freien Außerungen kündlicher Liebe, welche die Bewohner dieser seiner Stadt an den verflossenen Abenden ihm beithätigten, lebhaft gerührt worden. Er fühlt sich gedrungen, ihnen dafür recht fehr zu danken. Doch mehr den Werth alles schönen Handelns sein rechtes Maß. Indem somit den außerordentlichen Zeichen aufrichtiger Freude Grenzen gesetzt werden, wünscht der heilige Vater jetzt neue Beweise von Folgsamkeit des guten römischen Volks zu sehen. Er weiß in dieser Beziehung, daß sein Wunsch demselben Befehl zu sein pflegt.“ — Kurz vor Abgang der Post. Durch Billet des heiligen Vaters ist heute der Cardinal Gaggi als Pro-Staatssekretär für die äußeren Angelegenheiten ernannt. Wie man vernimmt, wird unter diesem Cardinal auch die Leitung der innern Angelegenheiten, jedoch nicht als Staatsrath, sondern als Präsidenten gestellt. Unter ihm als einer Art Ministerpräsidenten sollen die verschiedenen Chefs der Verwaltung als Concilium je nach Umständen zusammen berufen werden. Mehrere Präsidentenstellen sollen sobald als

thnlich von Weltlichen verwaltet werden. Auch soll die Gerichtsbarkeit des römischen Senats in ihrem Umfange vergrößert und eine Municipalverwaltung unter diesen gestellt werden.

* In einem uns gefälligst mitgetheilten Schreiben aus Rom vom 20. Juli heißt es unter andern: „Cardinal Lambruschini, der frühere Staats-Secretair, welcher immer gegen die Amnestie war, ist in diesen Tagen von den ihm begegnenden Haufen Menschen ausgespiessen und ausgezischt worden. Man sagt, daß er Rom noch heute verlassen werde. — Die Hölle ist hier seit einem Monate fast unerträglich. Heute morgen bei Sonnenaufgang hatten wir 23½ Grad. — Seit einigen Wochen herrscht hier eine heftige Epidemie. Ein furchtbare Fieber, Pirnigissa genannt, zu welchem sich meist heftige Diarrhoe gesellt, endet das Leben gewöhnlich am 3ten oder 4ten Tage, wenn nicht bald Anfangs die gehörige Quantität Chinin genommen wird. Das Fieber tritt unter verschiedenem Charakter auf, und wenn es nicht bei den beiden ersten Anfällen erkannt wird, so ist keine Hilfe möglich.“

Berlin, 31. Juli. — Nach einer Meldung aus Koblenz hat dort am 29ten d. M. Abends um halb zehn Uhr eine Erderschütterung stattgefunden, von dumpfem Getöse begleitet, welches etwa sechs Secunden dauerte und so stark war, daß viele Einwohner ihre Häuser aus Besorgniß verließen.

Brüssel, 27. Juli. — Gestern früh brach eine Feuersbrunst in dem Dampf-Sägewerk von Molenbeek-St.-Jean aus. Die Arbeiter hatten eben ihre Beschäftigungen verlassen, um zu frühstücken. In einigen Augenblicken standen alle Gebäude in Flammen. Eine ungeheure Feuer- und Rauchsäule wurde durch einen sehr starken Südwestwind der Staat zugetrieben. Die Heftigkeit des Brandes war so groß, daß man einen Augenblick sogar für die Häuser am Thore von Flambé im Innern der Stadt fürchtete. Die ganze Bevölkerung war in der größten Angst. Die brennenden Gebäude, 6 bis 7 an der Zahl, boten einen ungeheueren Feuerheerd dar. Die geräumigen Werkstätten des Dampf-Sägewerks bieten nur noch einen Haufen Asche dar. Der Brand hatte, während er sich über das ganze Viertel, in dessen Mitte das Etablissement liegt, ausdehnte, einen Augenblick so große Besorgniß in diesem Viertel veranlaßt, daß man sechs Kanonen an Ort und Stelle bringen ließ, um aufs schnellste die Häuser zerstören zu können.

Oderberg, 27. Juli. — Folgende aus amtlichen Mittheilungen entnommene Vergleichung verschiedener Oder- und Warthe-Pegel-Stände dürfte nicht ohne Interesse sein. Die Pegelstände waren nämlich am 19. Juli bei: Breslau (Unterwasser) nur 1 Fuß; Posen 1 Fuß 1 Zoll; Landsberg 1 Fuß 8 Zoll; Oderberg (alte O.) 6 Fuß; Schwedt 3 Fuß 9 Zoll. Nichts kann wohl unsere schon so oft ausgesprochene Behauptung, daß die Versandungen in der Oder zwischen hier und

Schwedt jährlich auffallend zunehmen, und die Ausmündung der alten Oder immer mehr versperren vollkommen rechtfertigen, als diese Zahlen. Es folgt hieraus weiter, daß beziehungsweise die Grundfläche des nieverbruches mit jedem Jahre tiefer unter den Wasserspiegel der neuen Oder herabsinkt, und daher die Überschwemmungen auch immer andauernder und verderblicher werden müssen.

(Voss. 3.)

Berlin, 31. Juli. — Das Geschäft war sowohl in Bonds als in Eisenbahn-Aktionen nur von geringem Umfang, die Course der ersten fast unverändert, von letzteren aber zum Theil etwas niedriger.
 Breslau-Freib. 4% p. C. 100½ Gld.
 Gloggnitz 4% p. C. 140 Br.
 Nieder-Schles. 4% p. C. 94 Br. 93½ Gld.
 Niederschl. Prior. 4% p. C. 96½ Br.
 Niederschl. Prior. 5% p. C. 100½ Br.
 Nordbahn (R. & G.) 4% p. C. 190 bez.
 Ob.-Schl. Litt. A. 4% p. C. 110 Br.
 Ob.-Schl. Litt. B. 4% p. C. 100½ bez.
 Berlin-Hamb. 4% p. C. 98½ Br.
 Cassel-Kippe. 4% p. C. 91½ bis ¾ u. ¼ bez. u. Gld.
 Görlitz-Münzen 4% p. C. 95½, 95 u. 95½ bez.
 Mainz-Benedig 4% p. C. 118 Gld.
 Nordb. (Fr. Wib.) 4% p. C. 82½ bez. u. Br.
 Posen-Stargard 4% p. C. 91½ Br.
 Sachs.-Schles. 4% p. C. 100½ ew. bez.
 Ungar. Central 4% p. C. 94½ u. 95 bez.

Krakau-Oberschlesische Eisenbahn.

Die mittelst Aufforderung vom 30. April c. auf die Aktionen der Krakau-Oberschlesischen Eisenbahn ausgeschriebene

siebente Einzahlung von fünfzehn Prozent

ist bis zu dem auf den 20sten Juai d. J. angesetzten spätesten Zahlungstage von den Inhabern der Quittungsbogen

No. 12,301, 12,302, 12,303, 12,863, 12,864, 13,546 und 16,420 nicht geleistet worden.

Es sind demgemäß nach §. 15 des Statuts die Inhaber dieser Quittungsbogen in eine Conventionalstrafe von zwei Thalern für jeden Aktionbetrag von 100 Thalern verfallen.

Da nun auch die im §. 15 des Statuts zur nachträglichen Einzahlung der ausgeschriebenen Rate so wie der verfallenen Conventionalstrafe gestattete vierwöchentliche Frist nicht innegehalten ist, so fordern wir die Inhaber oben benannter Quittungsbogen hierauf, die rückständigen fünfzehn Prozent so wie zwei Thaler an Conventionalstrafe pro Aktion entweder hier selbst an den Herrn Kassen-Vorsteher Simon in dem Directorial-Gebäude der Oberschlesischen Eisenbahn oder zu Krakau an den Bureau-Vorsteher Herrn Simon in dem dortigen Bureau der Krakau-Oberschlesischen Eisenbahn binnen vierzehn Tagen unter Production der Quittungsbogen zu leisten.

Bei fruchtlosem Ablauf dieser Frist geht nach §. 15 des Statuts der Nichtzahlende aller Rechte als Theilnehmer der Gesellschaft verlustig und es wird an die Stelle des amortisierten Quittungsbogens unter derselben Nummer ein neuer ausgesetzt und zum Besten der Gesellschaft an der Breslauer Börse verkauft werden.

Breslau und Krakau den 28. Juli 1846.

Das Directoriu m.

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.

Mittwoch den 5ten August c. wird der Ertragzug von Freiburg statt um 8 Uhr 15 Min. erst um 10 Uhr Abends und von Schweidnitz 8 12 9 Uhr 55 Min. Abends abgehen. Breslau, den 30. Juli 1846.

Directoriu m.

Fürstenstein.

Mittwoch den 5ten August großes Concert
von den Musikkören der Königl. Gar. Artillerie-Brigade (50 Mann) Abends 8 Uhr
Schlachtmusik, Beleuchtung des neuen Schlosses durch bengalische Flammen.
Knappe.

Als Verlobte
empfehlen sich statt jeder besonderen Meldung:
Rosalie Lindau.

J. Mamroth.
Elise und Wachowiz den 29. Juli 1846.

Verbindungs-Anzeige.
Die am 28ten d. Ms. vollzogene eheliche Verbindung meiner dritten Tochter, mit dem Königl. Rittmeister und Escadron-Chef im 1ten Ulanen-Regt., Hrn. Baron v. Geztrich und Neuhauß, beehe ich mich hierdurch, statt besonderer Meldung, ergebenst anzugezeigen. Lüben den 30. Juli 1846.

v. Geztrich.

Verbindungs-Anzeige.
Heute erhielt der Bubn unserer Herzen die kirchliche Weihe.

Emil Aubert, Kaufmann.
Amalie Aubert, geb. Schwendt.

Breslau den 30. Juli 1846.

Entbindungs-Anzeige.
Die heute Nacht 12 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau, Henriette, geb. v. Knobelsdorf, von einem muntern Mädchen beehe ich mich statt besonderer Meldung Freunden und Verwandten hiermit ergebenst anzugezeigen.

Ober-Arnisdorf den 29. Juli 1846.

v. Knobelsdorf.

Entbindungs-Anzeige.
Die heute erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau, Rosalie, geb. London, von einem gesunden Mädchen beehe ich mich allen entfernten Verwandten und ihernehdenden Freunden statt jeder besonderen Meldung hierdurch ganz ergebenst anzugezeigen.

Brieg den 31. Juli 1846.

Dr. Galewsky.

Entbindungs-Anzeige.

Die heut früh 2 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau, geb. von Kurtsell, von einem gesunden Mädchen zeigt statt jeder besonderen Meldung ergebenst an

v. Schauoth,
Lieutenant im 4ten Husaren-Regt.
Frankenstein den 31. Juli 1846.

Todes-Anzeige.

Den heut Abend 11 Uhr an hörtartiger Halsbrüüne erfolgten Tod unseres innigst geliebten ältesten Sohnes Bruno in einem Alter von 5½ Jahr zeigen tief betrübt allen Verwandten und Freunden statt besonderer Meldung mit der Bitte um stille Theilnahme an.

Ober-Lobenbau den 30. Juli 1846.

Leopold Erhardt.

Louise Erhardt, geb. Peisker.

Todes-Anzeige.

(Statt jeder besonderen Meldung.)

In der Nacht vom 29ten zum 30. Juli um 12 Uhr entschlief sonst ruhig an Zahnschmerzen bei ihren Großeltern, unsere geliebte jüngste Tochter Doris, im Alter von fast 7 Monaten. Allen lieben Verwandten und Freunden widmen wir diese Anzeige mit der Bitte um stille Theilnahme.

Groß-Kloster bei Guhrau den 30. Juli 1846.
Reinhold Graf Matuschka.
Doris Gräfin Matuschka, geb. von Massow.

Todes-Anzeige.

Unser inzig gelesbtes, einziges Söhnchen Paul wurde uns heut Nachmittags um 4 Uhr in dem blühenden Alter von 2 Jahren und 4 Monaten durch den Tod plötzlich ent-

rissen, was wir, statt besonderer Meldung, in liebstem Schmerz hiermit anzeigen.

Brieg den 31. Juli 1846.

Der Apotheker Sperr und Frau.

Todes-Anzeige.

(Statt jeder besonderen Meldung.)

Tiefgeheugt betrauern wir den Verlust unsres geliebten Sohnes Georg; im Alter von fast sechs Jahren starb er nach einem kaum dreitägigen Krankenlager an Gehirn-Entzündung.

Wir bitten, unsren Schmerz durch stille Theilnahme ehren zu wollen.

Breslau, am 31. Juli 1846.

Ferdinand Hirt.

Ernestine Hirt, geborne Kramsta.

F. z. o. Z. 4. VIII. 6. J. u. R. II.

Theater-Repertoire.

Sonntag den 5ten: Das Donauweibchen. (Erster Theil). Romantisch-comisches Volksmärchen mit Gesang in 3 Akten. Nach einer Sage aus der Vorzeit von Hensler. Musik von Kauer.

Montag den 6ten: Die Königin von sechzehn Jahren, oder Christines Liebe und Entzagung. Lustspiel in zwei Akten nach dem Franz. von Th. Hell. Christine, Fräulein von Hagn, als Antrittsrolle. Hierzu: „Tanz-Divertissement.“ Zum Schluss, zum erstenmale: Köck und Juste. Boudeville-Poße in 1 Akt. Nach dem Franz. von W. Friedrich.

Bekanntmachung.

Für die Abgebrannten zu Kontopp sind bei uns eingegangen unb an das dasige Königl. Steuer-Amt überwandt worden: von Hrn. G.

H. 2 Attl.; von Hrn. Kaufm. Ries 2 Attl.; von C. E. R. 1 Attl.; Fräul. C. 20 Ggr.; Hrn. E. R. 10 Ggr.; von Hrn. v. H. 2 Attl. und einen Rock; Unbenannt aus Rawicz 1 Attl.; von A. E. J. 20 Ggr.; von Fräul. H. 1 Attl. und einen Rock; von E. S. 1 Attl.; von Frau Intendantur-Sekretär Fischer 1 Attl.; von F. G. 1 Attl.; von Fräul. Sommer 1 Packer Sachen, zusammen in Geld 15 Rthlr. 20 Ggr.

Brieg den 31. Juli 1846.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Bekanntmachung.

Ein-Theil der Area, auf welcher das Haus Weißgerbergasse No. 13 gestanden hat, soll zur Wiederbebauung meistbietend verkauft werden. Es steht hierzu auf

den 5ten August d. J. früh 11 Uhr

in unserm Rathäuslichen Fürstensaal Termin an, zu welchem Kaufstätte mit dem Bemerkung eingeladen werden, daß die Bedingungen 14 Tage vor dem Termine in unserer Rathäuserstube eingesehen werden können.

Breslau den 22. Juni 1846.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Bekanntmachung.

Das Meistgebot, welches in dem fürstlich zur Verpachtung der Jagd auf dem landschaftlich sequestrierten Gute Rothsürben hiesigen Kreises angestandenen Elicitations-Termine abgegeben, ist durch mehrfache eingegangene Nachgebote beträchtlich überstiegen worden. Wir haben uns daher zur Übernahme eines neuen Elicitations-Termins veranlaßt gefunden und soll dieser den 5ten k. M. Vormittags 10 Uhr in der Landschaft (Weidenstraße No. 30) in unserem gewöhnlichen Sitzungssale abgehalten werden, wozu wir Pachtstätte eingesehen werden können.

Breslau den 14. Juli 1846.

Breslau-Briegsches Fürstenthums-Landschafts-Directoriu m.

Graf v. Stosch.

Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier in Schulgasse No. 9 belegenen, dem Zimmerfelden Friedrich Schmidt gehörigen, auf 6359 Rthlr. 1 Ggr. 6 pf. geschätzten Grundstücks haben wir einen Termin auf den 7. Februar 1847, Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Ober-Landes-Gerichts-

Wendt

in unserm Porteien-Zimmer anberaumt.

Zeche und Hypothekenschein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Zu diesem Ermine werden der Königliche Oberst-Lieutenant von Siebermann oder

Brieg-Gloßau den 21. Juni 1846.

Königl. Land- und Stadt-Gericht.

Bekanntmachung.

Den unbekannten Erben des am 11. November 1843 hieselbst verstorbenen Exconventual Andreas Molka wird mit Bezug auf die Vorschriften des §. 137 und folg. Th. I. Tit. 17 Allg. Landrechts die bevorstehende Theilung seines Nachlasses unter seine gesetzliche Erben bekannt gemacht.

Ober-Gloßau den 21. Juni 1846.

Königl. Land- und Stadt-Gericht.

Bekanntmachung.

Der Kämmerer-Posten bei der Stadt Festenberg soll vom 1. Januar 1847 ab auf sechs Jahre außerweitig besetzt werden. Es ist mit diesem Posten ein jährliches Einkommen von 200 Rthlr. verbunden und wird eine Gantion von 500 Rthlr. verlangt. Bewerber werden erlaubt, sich bis zum 1. September 1846 bei dem Stadtverordneten-Vorsteher Grüner zu melden.

Festenberg den 27. Ju'l 1846.

Die Stadt-Verordneten-